:antifaschistische nachrichten

Nr. 23

g 3336 7.11.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

Unsere Zukunft? Bürgerwehr für Schill!

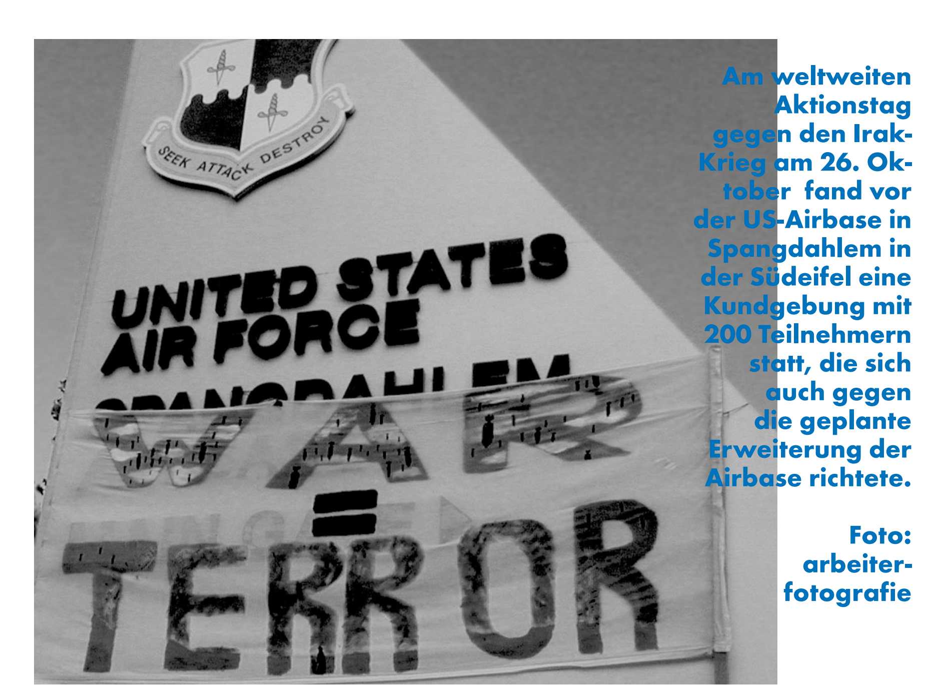
HAMBURG. Die Forderung des Rechtspopulisten Schill und seiner Partei der rechtsstaatlichen Offensive, eine Bürgerwehr einzurichten, ist noch nicht vom Tisch. Im Zuge seiner repressiven Law and Order Politik hatte er angekündigt eine Sicherheitswacht einzuführen, in der Freiwillige im Alter zwischen 20 und 60 Jahren mit Uniform, Pfefferspray und Handschellen bewaffnet zur „Unterstützung“ der Polizeikräfte eingesetzt werden. Diese Idee der Bürgerwehr ist nicht neu und die Reaktionen aus neofaschistischen Kreisen zeigt, wo sie ihren Ursprung hat. Die Faschisten vom Aktionsbüro Norddeutschland haben auf ihrer Internetseite zur aktiven Mitarbeit in der Bürgerwehr aufgerufen. Sie sehen „die vorrangige Aufgabe einer „Sicherheitswacht“ weniger als „verlängerten Arm“, sondern „vielmehr als unabhängige Alternative zur Polizeiarbeit“, die „der tagtäglichen Tyrannei ganzer Stadtteile durch Ausländer- und Multikultibanden“ ein Ende bereiten kann.

Ein mit staatlichen Geldern ausgerüsteter Haufen von Faschisten und Sicherheitsfanatikern, die durch die Stadtteile ziehen und ihre Vorstellung von Recht und Ordnung in einer Form von Selbstjustiz umsetzten, das ist das wahre Gesicht einer Bürgerwehr.

Mit Sicherheit für all die Menschen, die in Hamburg leben, hat dies, ebenso wie andere Projekte des neuen sowie alten Senats, nichts zu tun, vielmehr geht es wie in der gesamten Sicherheitspolitik dieser Tage darum, mit Hetzkampagnen und Lügen Angst zu schüren und auf dieser Basis von sozialen Problemen abzulenken und Stimmen zu fangen.

Eine Demoparade am 5.11. um 18:00 Uhr am Kriegsklotz (Damtordamm) will am Beispiel der Bürgerwehr zeigen worauf die Law and Order Politik abzielt. *Lokalberichte Hamburg, 31.10.* ■

Aus dem Inhalt:



Am weltweiten Aktionstag gegen den Irak-Krieg am 26. Oktober fand vor der US-Airbase in Spangdahlem in der Südeifel eine Kundgebung mit 200 Teilnehmern statt, die sich auch gegen die geplante Erweiterung der Airbase richtete.

Foto: arbeiterfotografie

Strammstehen heißt untergehen

Für den 17. November 2002 haben norddeutsche Nazistrukturen um den Nazi-Kader Christian Worch einen Trauermarsch in Halbe unter dem Motto: „Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten!“ angekündigt. Unterstützt wird der Aufruf von diversen Freien Kameradschaften.

In Halbe fand 1945 eine der letzten Kesselschlachten des II. Weltkrieges statt. Der Waldfriedhof in der Gemeinde Halbe (45 km südöstlich von Berlin) gilt mit 22.000 begrabenen deutschen Soldaten als einer der größten Soldatenfriedhöfe in Deutschland. Am Volkstrauertag 1990 und 1991 trat die Nazi-Szene hier erstmalig im großen Stil auf, um den Helden der Waffen-SS zu huldigen. Bis zu 1.000 Nazis aus ganz Deutschland und Europa konnten sich auf dem Friedhof versammeln und mit einer Prozedur von Fackelmärschen, Trommelwirbeln und Kranzniederlegungen die Verbrechen der deutschen Wehrmacht und der 55 glorifizieren.

Diese Provokation wird natürlich nicht widerspruchslos hingenommen werden. Ein breites Bündnis von antifaschistischen Initiativen aus Berlin und Brandenburg hat diverse Gegenaktivitäten angekündigt. Auf der Mahn- und Gedenkkundgebung „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg“ am Haupteingang des Waldfriedhofs Halbe soll von 11.00 bis 18.00 Uhr den ermordeten sowjetischen ZwangsarbeiterInnen und den deutschen Wehrmachtsdeserteuren gedacht werden, die ebenfalls auf dem Waldfriedhof begraben liegen. Hier wird u.a. der Vorsitzende der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz eV., Ludwig Baumann, sprechen. Baumann desertierte 1942 von der deutschen Wehrmacht, weil er nicht an deren Verbrechen mitwirken wollte. Er wurde verhaftet, zum Tode verurteilt und zu zwölf Monaten Zuchthaus begnadigt. Es folgten KZ-Aufenthalte und ein Strafbataillon.

Die Mahn- und Gedenkkundgebung ist bereits angemeldet, doch die OrganisatorInnen rechnen mit juristischen Behinderungen. Es wird sich zeigen, ob eine Gedenkkundgebung für die Opfer des Nationalsozialismus zugunsten einer Glorifizierung von Nazi-Verbrechern verboten oder verlegt wird.

Silvio Kurz
Treptower Antifa Gruppe (T.A.G.) ■
Infos zu den Gegenaktionen unter: www.halbe.da.ru

DS-Kongress in „Mitteldeutschland“

Riesa. Der „Deutsche Stimme“-Verlag des gleichnamigen NPD-Blattes führt vom 29. November bis 1. Dezember seinen „1.Freiheitlichen Kongreß“ unter dem Titel „Deutscher Geist statt westliche Dekadenz“ durch. Der Kongreß findet an einem nicht näher benannten Ort in „Mitteldeutschland“ statt. Als Referenten des Kongresses werden der ehemalige Fraktionsvorsitzende der NPD im Frankfurter „Römer“, Winfried Krauß, der ehemalige Bundesobmann des „Verbands der Professoren Österreichs“, Dr. Walter Marinovic, der frühere Bundesparteiobmann der FPÖ, Dr. Otto Scrinzi, der ehemalige Landesvorsitzende der Berliner „Republikaner“, Prof. Dr. Klaus Weinschenk, der Öko-Bauer und Mitbegründer der „Arbeitsgemeinschaft der Deutschland-liebenden“, Baldur Springmann, der Chef des „Thule-Seminars“, Dr. Pierre Krebs, der damalige FAP-Aktivist Ralph Tegethoff und der frühere Landesvorsitzende der DVU in Schleswig-Holstein, der Tierschützer Prof. Dr. Klaus Sojka, angekündigt. Den „Großen Kulturabend“ der Veranstaltung bestreiten der gerade wegen achtfacher „Volksverhetzung“ zu 17 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilte „nationale Liedermacher“ Frank Rennicke und der NPD-Aktivist Jörg Hähnel. *hma* ■

Außer Rand und Band

Bad Pyrmont. Der von der ehemaligen NRW-Landesvorsitzenden der ins offen neofaschistische Lager abgewanderten „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO), Nanette Kaiser (Salzkotten), geführte „Bund Junges Ostpreußen“ (BJO), Jugendverband der „Landsmannschaft Ostpreußen“, führt vom 22. bis 24. November sein „Politisches Herbstseminar“ in Bad Pyrmont durch. Das unter dem Titel „Europäisierung, Globalisierung und Werteverlust“ stattfindende Seminar erinnert an längst vergangene JLO-Zeiten. Als Referenten angekündigt werden der Dregger-Nachfolger und „Junge Freiheit“-Sympathisant Martin Hohmann (CDU-MdB) zur „nationalen Identitätspflege im deutschen Bundestag“, Prof. Dr. Michael Vogt zur „nationalen Identität durch gemeinsame Sprache“, der „Junge Freiheit“- und „Criticon“-Autor Michael Paulwitz zu „Deutschlands Position im Europäisierungsprozeß“ , der ehemalige Aktivist der „Wiking-Jugend“-Abspaltung „Sturmvogel“, Ralf Küttelwesch zur „Jugendbewegung als Alternative zum Kulturverlust“, der Kommunikationsberater Stefan Küthe zur „Identitätspflege der jungen Ostpreußen“ und der Autor der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa“ und Referent bei der ebenso gepolten „Gesellschaft für freie Publizistik“, Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler zum „deutschen Selbstbewußtsein in der Berliner Republik“. *hma* ■

Treffen in Moskau

Russland/Moskau. Am 14. September trafen sich in Moskau Vertreter „verschiedener patriotischer Parteien“ zu einem „Gedankenaustausch“. Neben dem Chef der „Deutschen Volksunion“ (DVU), dem „National-Zeitungs“-Verleger Gerhard Frey, nahmen der stellvertretende russische Parlamentspräsident und Chef der „Liberal-Demokratischen Partei Rußlands“(LDPR), Wladimir Schirinowskij, der LDPR-Abgeordnete Oberst Ewgenij Jurewitsch, der geschäftsführende Vorsitzende der französischen „Front National“ (FN), Dominique Chaboche, der stellvertretende Vorsitzende der italienischen „Lega Nord“, Senator Francesco Speroni, der japanische Geschichtsrevisionist Mitsuhiro Kimura von der Vereinigung „Issui-Kai“ und der islamische Rechtsgelehrte Mufti Shangareev Ismagil an diesem Treffen teil. Diskutiert wurde die „politische Lage im Allgemeinen und insbesondere im Nahen Osten“. In einer gemeinsamen Entschließung sprachen sich die Teilnehmer „gegen Gewalt im Nahen Osten und speziell gegen den Irak aus“. *DNZ 43-02 / hma* ■

Zustimmungen zum Mölzer-Papier

Saarbrücken/Völklingen. Auf der diesjährigen „Sommeruniversität“ der NPD im Saarland (22.-25. August) haben Vertreter verschiedener neofaschistischer Parteien ihre Gesprächsbereitschaft im Zusammenhang mit dem Positionspapier des österreichischen Bundesrates a.D., Andreas Mölzer, Chefredakteur des dortigen „Junge Freiheit“-Ablegers unter dem Titel „Zur Zeit“ signalisiert. Unterschrieben wurde das Papier des langjährigen Haider-Beraters und früheren Leiters des FPÖ-nahen „Freiheitlichen Bildungswerkes“ u.a. von dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt, dem Chef der „Britisch National Party“ (BNP), Nick Griffin und von Herve van Laethem vom belgischen „Mouvement pour la Nation“. Eine der zentralen Forderungen des Mölzer-Papieres ist es u.a., „die kulturelle, sprachliche und ethnische Nivellierung, ein „melting pot“ und eine Zerstörung der historisch gewachsenen europäischen Kulturnationen durch schrankenlose Zuwanderung zu verhindern“. Es sei „das unveräußerliche Recht der europäischen Kulturnationen, ihre Zukunft unter Wahrung ihrer eigenen Identität, selbständig aber vereint und freundschaftlich verbunden, gleichwertig und gleichberechtigt, innerhalb einer neuen europäischen Gemeinschaft zu gestalten“. Ziel soll sein, ein „selbstbewußtes, unabhängiges und starkes Europa“ zu schaffen, das „seine weltpolitischen Interessen eigenständig und selbstbewußt vertreten“ kann, „auch gegenüber den USA“. *hma* ■

Heim im Reich

Russland/Kaliningrad. In der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ wirbt das „Ostpreußenhaus“ im Kaliningrader Raum für den Besuch bei „deutschen Patrioten in Nord-Ostpreußen“. Erreichbar ist der Treffpunkt in der „russischen Zone“ über die ins neofaschistische Lager gewechselte ehemalige Jugendorganisation der „Landsmannschaft Ostpreußen“, die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) in Dresden. Das Haus biete „Hausmannskost“ von einer „deutschen Haushälterin“, die auch für „Übersetzungen zur Verfügung“ steht. „Zeltlager auf eigenem Grund und Boden“ sei ebenso möglich, wie „ungestörte Treffen jeglicher Art“. *hma* ■

„Pro Köln“ hetzt gegen Muslime

Köln. Die neofaschistische „Bürgerbewegung Pro Köln“ um Manfred Rouhs, einem ehemaligen Aktivisten der JN/NPD, der sog. „Republikaner“ und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, macht Stimmung gegen den im Kalk-Mülheimer Raum geplanten Bau einer Moschee. Ungeachtet der Tatsache, das Moscheen genauso wie christliche Kirchen längst zum Kölner Stadtbild gehören, wird in einem im Rechtsrheinischen verbreiteten Flugblatt der Gruppe „gegen den Bau der geplanten Großmoschee“ gehetzt. Die „islamischen Verbände in Köln“ hätten „sich von den islamischen Extremisten bislang nicht glaubwürdig distanziert“, wird dort behauptet und es bestehe daher die Gefahr „daß die neue Großmoschee auch eine gefährliche Zufluchtsstätte für islamische Extremisten“ werde.

Nach ihren Niederlagen, die die schillernde „Bürgerbewegung“ um Rouhs in den letzten Jahren schon in verschiedenen Stadtteilen erlitten hat (Longerich, Chorweiler etc.) versucht die Gruppe nun in den rechtsrheinischen Stadtvierteln mit einem hohen Aus-

länderanteil die Ausländerfeindlichkeit anzuheizen. In den nächsten Wochen wolle „Pro Köln“ „Unterschriften gegen den Bau der geplanten Großmoschee sammeln“, wird in dem Flugblatt angekündigt. Außerdem werde ein „Aufkleber gegen den Moscheebau“ in „großer Auflage in Mülheim und Kalk“ verteilt.

Offensichtlich möchte „Pro Köln“ noch einmal die Erfahrung machen, dass – wie in Chorweiler geschehen – Ausländer und Deutsche erst recht gemeinsam erfolgreich gegen rassistische Hetzer vorgehen können. *hma* ■

Graffity-Bildungswoche in der KZ-Gedenkstätte Ravens-brück

Vom 6. bis 13. Oktober fand eine sog. Graffity-Bildungswoche in der Gedenkstätte/ KZ Ravensbrück statt. 20 Sprüher aus Berlin-Schöneberg (Kinderladen Schöneberg) und aus Bernau (Jugendtreff DOSTO) im Alter zwischen 14 bis 21 Jahren beteiligten sich an dieser Bildungsmaßnahme. Dabei wurden das Lebensgefühl und die kulturelle/ künstlerische Ausdrucksform der Jugendlichen in Verbindung mit der Auseinandersetzung um die Geschichte des Nationalsozialismus gesetzt und inhaltlich thematisiert. Also: Gedenkstättenpädagogik in Verbindung mit jugendkultureller Ausdrucksform. Ergebnis sind 14 beeindruckende Bilder, welche ab Januar 2003 als Wanderausstellung für Schulen, Jugendeinrichtungen oder Jugendinitiativen zur Verfügung gestellt werden kann.



Wer Interesse an dieser Ausstellung hat, soll sich bitte unter Tel. 03338-5590 (Marc) oder dosto@bernau.net melden.

NPD will am 9.11. in Weimar aufmarschieren

Am 9. November marschieren sie wieder: Die NPD hat in Weimar für diesen Tag eine Demonstration ange-meldet. Das Motto: „Deutschlands Selbstbe-stimmung endlich vollenden!“ – und das just an dem Tag, an welchem sich das nationalsozialistische Pogrom vom 9. November 1938 zum 64. Mal jährt.

Es ist ja im Grunde nichts Neues, dass sich die Nazis geschichtsträchtige Tage für ihre nationalistischen Aufmärsche aussuchen. Was aber dieses Jahr in Weimar stattfinden soll, ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten. Neu ist am geplanten Aufmarsch in jener Stadt, in welcher sie am 20. April schon den Geburtstag ihres verblichenen Führers feier-ten, dass sie offen antisemitisch auftreten: Möllemanns Bemühungen, einen widerlichen Antisemitismus salonfähig zu machen, werden von der NPD nun auf die Straßen der Goethe- und Buchenwaldstadt Weimar getragen. Dazu bietet sie zumindest einen illustren Redner auf: der Rechtsanwalt Horst Mahler wird zu „den Massen“ darüber sprechen, welche Machenschaften Deutschland an seinem nationalen Erwachen hindern, nämlich – natürlich – die Juden, wer hätte das geacht.



Ergebnisse der Graffity-Bildungswoche

Hinter dem neuerdings allenthalben anschlussfähigen Antiamerikanismus so mancher Kriegsgegner verbirgt sich zumindest bei der NPD eine krude, dumpfe Judenfeindschaft, ein Antisemitismus der ganz und gar nicht subtilen Art.

Ausdruck findet diese Geisteshaltung auch im neuen Ton des Aufrufs: Offen wird die „Befreiung von der Bevormundung durch Zentralräte“ gefordert. Hier finden Möllemanns Attacken gegen den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedmann, ihr antijüdisches Echo auf der NPD-Kundgebung in Weimar.

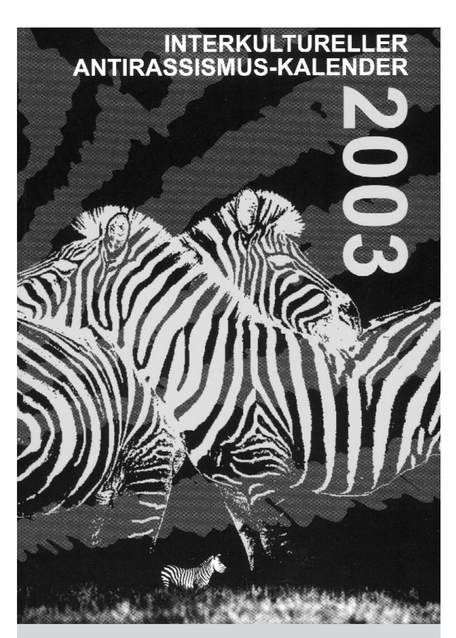
Neben Mahler sprechen noch der NPD-Chef Udo Voigt und zwei angebliche Studenten.

Schon lange ist AntifaschistInnen klar, dass nicht jeder Naziaufmarsch zwingend eine Gegenaktion erfordert und wir uns unseren Terminkalender nicht von diesen Kameraden diktieren lassen dürfen. Und doch: der Aufmarsch der NPD ausgerechnet am 9. November in Weimar kommt durch den schrillen antisemitischen Ton und das Aufgebot höchster NPD-Prominenz besondere Bedeutung zu. Deshalb wird bundesweit zu Gegenmaßnahmen gegen den Nazi-Aufmarsch in Weimar mobilisiert.

Tretet den Antisemiten und Nazis entgegen, wo ihr sie trefft – und kommt zur bundesweiten Gegendemonstration nach Weimar. Ein breites Bündnis Thüringer und Weimarer Initiativen und Organisationen ruft unter dem Motto „Das bunte Haus trauert – Nationalismus und Antisemitismus den Weg versperren“ zu Gegenaktionen am 9. November auf. Unternehmungslustige AntifaschistInnen treffen sich bei der zentralen Kundgebung auf dem Theaterplatz in der Stadtmitte und können dort auf interessante Durchsagen zur zeitgleich um 11 Uhr auf dem Baudertplatz (Bahnhofsvorplatz) beginnenden Nazi-Demo warten. Wenn dort genügend ambitionierte DemonstrantInnen sind, könnte man dem Motto „Nazis den Weg nach Hause zeigen“ auch frühzeitig Taten folgen lassen.

Also, wir sehen uns auf dem Theaterplatz und treten an diesem Tag der Trauer um die Opfer des Nationalsozialismus den Nazis entgegen.

Aktuelle Infos erhaltet ihr auf der Homepage der Autonomen Thüringer Antifa-Gruppen [atag] unter: http://www.puk.de/atag ■



Interkultureller Antirassismuskalender 2003

Mit Fest-, Gedenk- und Feiertagen aller großen Kulturen und Weltreligionen. Scharfe Gedichte, pfiffige Sprüche, Heftiges und Nachdenkliches, um 365 Tage mit einem lachenden und einem wachsamen Auge offensiv erleben zu können.

Er passt in jede Rock- und Hosentasche, unter jede Schulbank und gibt Antworten auf viele unerhörte Fragen. Das ideale interkulturelle Geschenk zum Jahreswechsel.

DIN A6, 208 Seiten, Preis 4 Euro Bestelladresse: SOS Rassismus - NRW, Haus Villigst, 58239 Schwerte, Tel. 02304-755190, Fax 02304-755295, ab 10 Stück 3 Euro plus Porto, www.sos-rassismus-nrw.de

Veranstaltung von Islamisten und NPD in Berlin

Am 27.10. fand in der alten Mensa der technischen Universität Berlin (TU) eine Veranstaltung der „Hochschulgruppe für Kultur und Wissenschaft" statt, die sich auch „aqida" nennt. Referent war Shaker Assem, Mitherausgeber des Magazins Explizit, anwesend waren auch bekannte NPD-Größen: Udo Voigt und Horst Mahler. Voigt hat sogar das Wort ergriffen, woraufhin einige Personen (laut ‚Tagesspiegel') den Raum verlassen haben. Bei dem Magazin „Explizit" handelt es sich um ein islamistisches Blatt, in dem u.a. dazu aufgerufen wird, Israel, das „zionistische Gebilde im Herzen der arabischen Nationen" zu vernichten. Juden werden als „schlimmstes Volk" bezeichnet, dass es zu bekämpfen gelte. Bei der Veransatltung sollte es offiziell um den Irak gehen. Ankündigungen dazu wurden auf der Antikriegsdemo am 26.10. verteilt.

Quelle: www.indymedia.de ■

Wuppertal stellt sich quer!

9. November 2002 Naziaufmarsch verhindern! Treffpunkt 10.30 Uhr Barmer Bahnhof

Alternativtreffpunkt und Sammlungspunkt wird den gesamten Tag die Gemarker Kirche/ der Neubau der jüdischen Synagoge sein.

Ausgerechnet für den 9. November, dem Jahrestag der Reichsprogrom-Nacht haben die Nazis um Sascha Guderian und Mike Hilgert eine Demonstration angemeldet. Es wird auch diesmal wieder bis zum letzten Augenblick unklar bleiben, ob die Nazis von Staats wegen marschieren dürfen.

Wir wollen nicht zulassen, dass diese Nazigruppe, die in der Vergangenheit verantwortlich war für den brutalen Überfall auf TeilnehmerInnen einer Gedenkfeier am KZ Mahnmal Kemna, für antisemitische Schmierereien an dem Neubau der jüdischen Synagoge und für den Menschenleben verachtenden Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in Wichlinghausen, zum ersten Mal nach dem Ende des Faschismus durch Wuppertal marschieren. Deswegen ruft das Bündnis „Wuppertal stellt sich quer" erneut alle WuppertalerInnen auf, sich den Nazis entgegenzustellen.

Weil es beim letzten Mal so gut geklappt hat, laden wir wieder zum pünktlichen Anreisen per Zug auf die Bahnsteige des Barmer Bahnhofs ein. Unsere Parole „Kein Nazi-Aufmarsch in Wuppertal" wird so durch die vorzeitige antifaschistische Besetzung des Bahnhofs Wirklichkeit.

Wenn die Nazis nicht marschieren, werden wir eine Demonstration durch Barmen durchführen und an die Ereignisse von 1938 erinnern. Eine Station unserer Demonstration wird die neue Synagoge sein, die am 8. Dezember feierlich eingeweiht wird und der historische Ort der niedergebrannten Synagoge am Scheuren.

Ein weiterer Schwerpunkt wird dieses Jahr das Gedenken an Karl-Heinz Rohn sein, dessen Ermordung sich zum zehnten Male jährt. Karl-Heinz Rohn wurde am 12.11.1992 in der Gaststätte „Laternchen" in Unterbarmen von Wuppertaler Straßenfaschisten, die in der Nationalistischen Front (NF) organisiert waren, ermordet. Sie hielten Rohn für einen Juden, schlugen ihn nieder, traten ihm mit Springerstiefeln die Rippen ein. „Juden müssen brennen" schrie der Gastwirt der Kneipe und die Nazis übergossen den schwerverletzten Rohn mit Schnaps und zündeten ihn an.

Karl-Heinz Rohn starb nur wenig später an den Folgen der Misshandlungen. Die Mörder warfen ihn in Venlo aus dem Auto. Mit dem ungeheuerlichen Hinweis, Rohn sei ja kein „richtiger" Jude, er hätte eine katholische Mutter und einen evangelischen Vater, versuchte der Wuppertaler Staatsanwalt Rosenbaum die internationale Öffentlichkeit zu beruhigen und die Wuppertaler Polizei und Staatsanwaltschaft machte aus der faschistischen und antisemitischen Mordtat schnell eine unpolitische Kneipenschlägerei mit tödlichem Ausgang. Das Gericht entzog sich aber dieser Wertung in dem späteren Strafprozess. Wegen gemeinschaftlichen Mordes wurden die Täter 1994 zu langen Gefängnisstrafen verurteilt.

Wir wollen erneut eine breite gesellschaftliche Allianz gegen den Naziaufmarsch auf die Beine stellen. Gehen wir zusammen mit den Flüchtlingen auf die Straße, die für ein Bleiberecht kämpfen und die es satt sind, auf den Straßen angemacht und bedroht zu werden. Unterstützen wir die jüdische Kultusgemeinde, die sich fast allein gegen die jüngsten antisemitischen und antiisraelischen Ausfälle eines Herrn Möllemann wehrt.

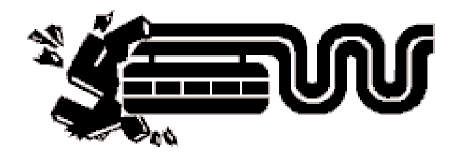
Die Neonazis und ihre Organisationen sind nur die organisierte extremistische Speerspitze einer gesellschaftlichen Entwicklung, in der Antisemitismus und Rassismus wieder durch Spitzenpolitiker der „Mitte" hoffähig gemacht werden.

Die Entsolidarisierungsprozesse in der Gesellschaft, die Durchsetzung neoliberaler Gesellschaftsentwürfe und das propagierte Recht des Stärkeren, die zur Hetze gegen MigrantInnen und Flüchtlinge, genauso wie zu Angriffen auf Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen führen, sind der Boden für das Erstarken faschistischer und rechtspopulistischer Bewe-gungen.

Der Kampf um soziale Gerechtigkeit und lebenswürdige Verhältnisse auf der ganzen Welt ist dagegen unser Bezugspunkt auch in unserem Kampf gegen die organisierte Naziszene.

In diesem Sinne: Eine andere Welt ist möglich! Bleiberecht für alle Flüchtlinge! Solidarität mit den von Abschiebung bedrohten Roma im Camp in Düsseldorf! Alle auf die Straße! Wuppertal stellt sich quer Teil 3!

Aufruf des Bündnisses „Wuppertal stellt sich quer!" ■
http://www.wuppertal-dichtmachen.de



BGH hebt Urteil gegen Roeder auf

KARLSRUHE. Der zu zwei Jahren Haft verurteilte Rechtsextremist Manfred Roeder kann womöglich mit einer milderen Strafe rechnen. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hob ein Urteil gegen den bereits vielfach vorbestraften Roeder teilweise auf.

Die Richter bestätigten zwar, dass sich der 73-Jährige wegen verfassungsfeindlicher Propaganda strafbar gemacht habe, als er in einem offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten unter anderem die Wiedererrichtung des „Reichs" forderte. Doch müsse das Landgericht Frankfurt bei der Festsetzung des Strafmaßes auch die Meinungsfreiheit Roeders beachten, befand der BGH (Az.: 3 StR 270/02 vom 15.10.2002).

Quelle: FR 31.10.2002 ■

Gemeinsame Veranstaltung von FPÖ und Witikobund

ÖSTERREICH. Gemeinsam mit dem Witikobund Arbeitskreis OÖ veranstaltet die FPÖ OG SW am 31. Oktober eine Podiumsdiskussion zum Thema „EU – Osterweiterung auch mit Vertreiberstaaten. Welche Partei vertritt die Forderungen der sudetendeutschen Genozid-Opfer?".

Als Referent ist Horst Rudolf Übelacker, Mitglied der Bundesversammlung sowie des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Bundesvorsitzender des sudetendeutschen Witikobundes Deutschland, vorgesehen, der intensive Kontakte zum rechtsextremen Spektrum unterhält.

1988 referierte er bei der vom deutschen Verfassungsschutz als rechtsextrem ein-gestuften Gesellschaft für Freie Pu-blizistik e.V. Laut „Handbuch Deutscher Rechtsextremismus" soll er von 1990 bis 1991 Mitglied der ebenfalls vom deutschen Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Partei „Die Republikaner" gewesen sein; seine Kontakte zu dieser Partei manifestieren sich auch in einem Interview, das er Anfang 2002 dem gleichnamigen Parteiorgan gab. Seit 1999 ist Übelacker häufig als Autor in der rechtsextremen Zeitschrift „Die Aula" zu finden und auch im rechtsextremen „Eckartboten" mit Artikeln vertreten.

Der Mitunterzeichner der Einladung zu den Herbstgesprächen der FPÖ OG-SW, Robert Hauer, ist laut Standard „in Personalunion FP-Ortsgruppenobmann und Chef des Österreich-Ablegers des Witikobundes".

Zur Einschätzung des Witikobundes durch den deutschen Verfassungsschutz („Das Bundesamt für Verfassungsschutz - BfV - hat eine Verdichtung von tatsächlichen Anhaltspunkten für rechtsextremistische Bestrebungen festgestellt", so die deutsche Bundesregierung in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung vom 13.12.2001) meinte er gegenüber dem ‚Standard': „‚Wenn, ist das ein Problem des deutschen Verfassungsschutzes.' Der österreichische Ableger sei ‚absolut in Ordnung' – wie auch der deutsche Bund." (Der Standard, 19.10. 02)

Quelle: www.doew.at, Neues von ganz rechts ■

Naziprovokationen gegen Wehrmachtsausstellung halten an

Man werde jeden Freitag um 18 Uhr auf dem Marienplatz demonstrieren, solange die Wehrmachtsausstellung in München gezeigt wird. Das hatte Naziführer Christian Worch angekündigt, nachdem die Demonstration von fast 1000 Neonazis am Samstag, 12. Oktober durch Tausende von Münchnern gestoppt wurde.

Was zuerst als leere Drohung erschien, machten am Freitag 18. Oktober Neonazis aus der Kameradschaft des am Überfall auf den Griechen Artemios beteiligten Martin Wiese wahr, der auch als Anmelder auftrat.

Dabei verbargen die vor dem Münchner Rathaus aufmarschierten knapp 30 Neonazis ihre Gesichter hinter Plakaten eines „Aktionsbüros Süddeutschland" des Nationalen Widerstands, auf denen die Nazi-Wehrmacht verherrlicht und deren Verbrechen geleugnet wurden. Geschützt wurden die zumeist jugendlichen Neonazis von Einsatzhundertschaften der Polizei, die bereits Stunden vor der faschisti-schen Mahnwache massiv in der Innenstadt präsent waren.

Über Telefonketten konnten innerhalb von nur zwei Stunden über 100 Antifaschisten mobilisiert werden, so dass die dumpfen Parolen der Neonazis von den Pfiffen der Gegendemonstranten übertönt wurden.

Kritisch muss dabei angemerkt werden, dass die von Teilen der Gegendemonstranten gegenüber den Nazis gerufenen Parolen „Ihr seid alle homosexuell" und „Ihr habt nur einen Hauptschulabschluss" für Linke eigentlich tabu sein müssten.



Neonazis (angemeldet mal wieder von Worch und Huppka) planen am 30.11.2002 schon wieder einen Marsch in München, diesmal allerdings als „Sternmarsch", so dass es noch schwieriger werden wird, ihnen entgegenzutreten.
Informationen: Tel. 089-16 95 19, www.buendnis-gegen-rassismus.de

Während die Einsatzhundertschaften der Polizei lediglich die hinter Sperrgittern demonstrierenden Neonazis von den völlig friedlichen Gegendemonstranten abschirmten, griffen Staatsschützer im Zivil willkürlich ca. fünf Antifaschisten aus der Menge, die in Gewahrsam oder festgenommen wurden. Äußerst rabiat – dem Autor dieses Artikels wurde selber eine Faust unter die Nase gehalten – hinderten Staatsschützer Mitglieder der Roten Hilfe daran, die Abgeführten nach ihren Namen zu fragen und verhängten Platzverweise.

Ein PDS-Mitglied erstattete Anzeige, da die Flugblätter der Neonazis presserechtlich nicht korrekt waren. Während die Münchner Polizei bei presserechtlich fehlerhaften linken Flugblätter regelmäßig alle Exemplare einzieht, kündigten die Beamten in diesem Fall lediglich eine Überprüfung an. Die Stadträtinnen Claudia Tausend (SPD) und Brigitte Wolf (PDS) zeigten sich entsetzt darü-ber, dass das sozialdemokratisch geführte Kreisverwaltungsreferat den Stadtrat über die offensichtlich seit mehreren Tagen bekannte Nazikundgebung uninformiert gehalten hatte.

Mit weiteren Naziprovokationen in den nächsten Wochen muss jetzt gerechnet werden. *Nick Brauns* ■

Eine im wahrsten Sinne des Wortes schwergewichtige Studie über Seeleute aus Bremen in der Endphase der Weimarer Republik und in der Nazizeit hat jetzt der junge Historiker Thomas Siemon vorgelegt. Das 600-seitige Buch „Ausbüxen – Vorwärtskommen – Pflicht erfüllen" erschien in der Schriftenreihe des Staatsarchivs der Freien Hansestadt Bremen. Und es trägt den Untertitel: „Bremer Seeleute am Ende der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus 1930-1939".

Neues Buch über Seeleute im Zeichen des Hakenkreuzes:

Keine Fans des Führer-Willens

Von Thomas Klaus

Der wissenschaftliche Charakter des Werkes ist nicht zu leugnen. Einfach und schnell zu lesen ist es nicht – trotz vielfältiger Illustrationsmittel und einer klaren Gliederung. Wer sich durch den „Schinken" wälzt, erfährt jedoch Grundlegendes und durchaus Spannendes über die Rolle der Seeleute.

An vielen von ihnen bissen sich die Nazis – bildlich gesprochen – die Zähne aus. Das steht nach der Lektüre des Siemon-Buches fest. Das Hakenkreuz war in diesen Kreisen als „Hungerhaken" bekannt und galt weniger als Symbol eines „Tausendjährigen Reiches". Und auch von solchen „abfälligen" Bemerkungen abgesehen, verweigerten ganze Heerscharen von Seeleuten den braunen Machthabern die Gefolgschaft. In dem Buch von Thomas Siemon wird unter anderem dieses Beispiel genannt: Noch im März 1933 kritisierte der Verband deutscher Schiffsingenieure Adolf Hitler scharf. Durch einen Austritt aus dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA) sollte noch im selben Monat eine Gleichschaltung verhindert werden – ein vergebliches Unterfangen: Im Mai stürmte ein Stoßtrupp der NS-Betriebszellen-organisation (NSBO) die Verbandsgeschäftsstelle in Bremen und setzte eine nazi-treue Führung ein.

Die meisten Seeleute verzichteten jedoch auf eine solch unverhüllte Opposition. Thomas Siemon zieht in seinem Buch das Fazit: „Obwohl sich viele Seeleute eines eigenen, kritischen Urteils über die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik wie über die Zerstörung rechtsstaatlicher Ordnung nicht enthielten, leisteten sie weiterhin ‚gute Arbeit', bemühten sich ums ‚Vorwärtskommen' und versahen ihre Pflicht, deren Erfüllung irgendwann wohl einmal belohnt würde – vom Vorgesetzten, von der Reederei, dem Staat oder wem auch immer."

Für die Nazis war es eine klare Angelegenheit, dass auch auf See Hitlers Befehl gelten und eine Herzenssache für alle Deutschen sein sollte. Die NSDAP-nahe Zeitschrift „Seefahrt ist not" formulierte das 1935 folgendermaßen:

„Es ist der Wille des Führers, dass der Nationalsozialismus in die letzte Hütte und in das letzte deutsche Schiff eindringt."

Kampf um die Bücher an Bord

Das gedruckte Wort sollte dabei besonders nützlich sein. Das Buch „Ausbüxen – Vorwärtskommen -Pflicht-erfüllen" schildert in diesem Zusammenhang Konflikte zwischen dem Norddeutschen Lloyd und den Nazis. Grundsätzlich wollte auch die Führung der bedeutenden Reederei, dass die Seeleute „das Richtige" lesen. Deshalb wurden den Frachtdampfern bereits 1931 die ersten Büchereien mitgegeben, „um durch sie zu wahrhaft nutzbringender Ausfüllung der Freizeit seiner Schiffsbesatzungen beizutragen und durch sie gleichzeitig auch den unheilvollen Ausflüssen marxistischer Zersetzungspolitik einen gewissen Widerstand zu leisten".

Vier Jahre später umfassten die Buchbestände des Norddeutschen Lloyd rund 20.000 Bände. Betreut wurden sie von der Literarischen Abteilung. 1934 trat die Kraft-durch-Freude-Abteilung der NSDAP-Auslandsorganisation (AO) auf den Plan. Sie fertigte Bücherlisten an und wollte auf die Zusammenstellung der Bordbibliotheken Einfluss nehmen. Doch beim NDL wi-dersetzte man sich energisch – mit dem Hintergedanken, dass eine Bibliothek nicht nur aus politischer Literatur bestehen dürfe. Auch Krisensitzungen zwischen der NSDAP-AO-Führung und der Unternehmensspitze brachten keine Einigung im Sinne des „neuen Staates".

Gegen die Nazi-Propaganda zeigten sich unendlich viele Seeleute weit gehend immun. Das war quasi „kraft Amtes" so, weil das Personal auf den Schiffen zu einer Zeit die Welt entdecken konnte, in der das den „normalen" Deutschen verwehrt blieb. Das bedeutete eben auch, dass die Propaganda von Hitler, Goebbels & Co. mit der Wirklichkeit verglichen werden konnte. Außerdem zeigten sich Seeleute häufig toleranter gegenüber Menschen anderer Religion oder Hautfarbe, weil sie es gewohnt waren, mit ihnen zusammen zu arbeiten.

Dass sich eine große Zahl der Seeleute dem Willen der Nazis nicht beugen wollte, hatte auch nicht zuletzt mit der Situation an Bord zahlreicher Schiffe zu tun. Um die war es nämlich alles andere als zum Besten bestellt, wie zum Beispiel der Partei-Funktionär Kurt Thiele in einer entsprechenden Untersuchung Mitte der dreißiger Jahre einräumen musste. Auf manchen Schiffen, stellte der Gauleiter Seefahrt fest, rührten die Besatzungsmitglieder die warmen Mahlzeiten nicht an; ihr Geschmack sei nämlich unerträglich. Stattdessen werde lieber Brot gegessen. Die Folge: Die Margarine sei mittags schon immer aufgebraucht. Auch über die äußerst beengten Platzverhältnisse und das Ratten-Problem an Bord klagten Seeleute gegenüber den von Thiele entsandten Wissenschaftlern. Allerdings kam es zu deutlichen sozialen Verbesserungen, nachdem die Rüstungsindustrie immer mehr Arbeiter von der Schifffahrt abgeworben und damit einen massiven Fachkräftemangel ausgelöst hatte.

Besagter Kurt Thiele nahm übrigens im Schiffahrts- Bereich für die Nazis eine Schlüsselfunktion ein. Der ehemalige kaufmännische Angestellte des Norddeutschen Lloyd, der bereits 1923 in die NSDAP eingetreten war, avancierte 1929 zum Ortsgruppenleiter in Bremen. Später stieg er zum Fraktionsführer in der Bremischen Bürgerschaft, dem Landesparlament auf. Beim Norddeutschen Lloyd scheint man schon 1930 gewittert zu haben, dass die Nazis bald eine politische Kraft sein würden, an der kein Weg vorbei führt. Thiele wurde in jenem Jahr in den Reichstag gewählt, doch der NDL bezahlte ihn weiterhin. Von diesem doppelten Gehalt gönnte sich der Nazi-Politiker einen besoldeten Mitarbeiter für Partei-Belange; der wurde also letztlich von der Reederei bezahlt.

1932 fassten die Nazis die Parteimitglieder auf den deutschen Schiffen in einer eigenen „Abteilung Seeschiffahrt" zusammen, die später der AO einverleibt wurde. Die AO setzte auf jedem Schiff einen „Politischen Leiter" ein, dem der SA-Führer an Bord unterstand. Auch die Nazis wagten es jedoch nicht, an der besonderen Stellung des Kapitäns zu rütteln. Er blieb auch in der Zeit ihrer Herrschaft der Inhaber der absoluten Schiffsgewalt. Übermäßig viel zu tun gab es nicht für diese Parteigliederung, denn das Interesse der Seeleute an einer NSDAP-Zugehörigkeit hielt sich in Grenzen. Noch am größten war diese Resonanz auf den Passagierschiffen. Der Luxusliner „Europa", der für NDL fuhr, brachte es auf einen Organisationsgrad von fast 100 Prozent und stellte somit die stärkste NSDAP-Ortsgruppe auf den schwankenden Planken. ■

Thomas Siemon:
„Ausbüxen – Vorwärtskommen – Pflicht erfüllen"
Selbstverlag des Staatsarchivs Bremen, ISBN 3-925729-32-1
Preis: 39 Euro

Rede von Ulla Jelpke auf der Berliner Kundgebung gegen den drohenden Irak-Krieg (26.10.2002). An der Berliner Demonstration nahmen ca. 2000 Menschen teil.

Liebe Freunde und Freundinnen,
In einer weltumspannenden Allianz der Verlogenheit versucht die Bush-Regierung, die sich selbst als Gralshüter der Zivilisation erklärt – nach Afghanistan – erneut die dementsprechende unzivilisierte Zivilbevölkerung des Iraks in die Wertegemeinschaft der neuen Weltordnung zurückzubomben. Noch zieren sich die Kriegstreiber um die konsequenteste Haltung im Schulterschluss des Kreuzzuges der imperialistischen Wertegemeinschaft. Sie geben vor, gegen Saddam Hussein und damit gegen einen Diktator, der (zu Recht) für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zeichnet, vorzugehen und ihn wegen Besitzes von Massenvernichtungswaffen seiner gerechten Strafe zuzuführen.

Wir haben den Völkermord von Halabsha nicht vergessen, der mehr als 5000 Kurden durch einen Giftgasangriff – mit deutscher Hilfe – das Leben nahm und wir haben auch nicht die rassistischen Arabisierungskampagnen vergessen, oder die unzähligen Menschenrechtsverletzungen, aber – wir lassen uns nicht blenden:

– nicht durch das Märchen von den chirurgischen Schlägen und

– nicht durch das Märchen vom Krieg gegen den Täter.

Die tatsächlichen Ziele der Regierung Bush sind der Ausbau der „neuen Weltordnung" unter Führung der USA und die Kontrolle der zweitgrößten Ölreserven der Welt, die unter irakischem Staatsgebiet liegen. Erst am Mittwoch unterzeichnete US-Präsident Bush in Washington den neuen Rüstungshaushalt, der mit 355,1 Milliarden Dollar für nächstes Jahr der größte seit zwei Jahrzehnten ist. Er bewertet den riesigen Rüstungshaushalt als Beweis dafür, dass „Amerika fest entschlossen ist, nicht nur unsere Freiheit, sondern auch die Freiheit rund um den Globus zu verteidigen". Ich frage Euch: „wessen Freiheit schützen die amerikanischen Waffen? Eure Freiheit? Meine Freiheit? Oder die Freiheit der US-Ölkonzerne? Die Freiheit des amerikanischen Kapitals, die Freiheit zur weltweiten Ausbeutung, die auf der Unterdrückung der Menschen und der Unzufriedenheit anderer Nationen basiert.

Wir sagen: Nein zum Krieg, zu einem Angriffskrieg, der eine ganze Region im mittleren und nahen Osten mit Tot, Leid und Terror überziehen wird.

Schon jetzt wird das Schreckensszenario der fortdauernden psychologischen Kriegsführung gegen den Irak für die Bevölkerung von führenden Vertretern der Vereinten Nationen als katastrophal bezeichnet. In einer internen Studie der UNO wird bereits prognostiziert, dass das zurzeit durch ungeheuere logistische Operation funktionierende Versorgungsprogramm „Öl für Lebensmittel" für 3,7 Millionen Familien zusammenbrechen werde. Durch die Sanktionen und den Boykott ist die Versorgungslage im Irak für die Menschen eh krisengeschüttelt, ein erneuter Krieg aber wird das Chaos vergrößern und eine Massenhungersnot zur Folge haben, die zuerst alte Menschen, Mütter und Kinder treffen wird. Millionen Menschen werden zu Flüchtlingen.

Liebe Freunde und Freundinnen

Krieg und Flucht hängen eng miteinander zusammen. Kriege und unterdrückerische Gewalt treiben Menschen in die Flucht. Flüchtlinge klagen die Kriegstreiber und die Verantwortlichen für unterdrückerische Gewalt an. Dieselben Gewalttäter oder besser Kriegstreiber verhindern in der Regel durch ihre Abschottungspolitik, dass die Opfer ihrer Repression entfliehen. Wer gegen Kriegspolitik ist, muss immer

Zu den Kundgebungen gegen den Krieg am 26.10.:

„Den Krieg beenden, bevor er beginnt"

Am 26. Oktober fanden in zahlreichen Städten Kundgebungen und Demonstrationen zum drohenden Krieg gegen den Irak statt. Der gemeinsame Kampf mit den KriegsgegnerInnen in den USA und in den europäischen Ländern gegen diesen Kriegskurs der Regierung Bush sollte zum zentralen Mittelpunkt dieser Aktionen werden.

Die Beteiligung an den Kundgebungen in der BRD war nicht gerade überwältigend. Offensichtlich hat die Propaganda der rot-grünen Bundesregierung zu einer Beruhigung in diesem Land geführt. Selbst die Kriegsgegner von attac bescheinigen dieser Regierung einen verbalen Antikriegskurs. Die Losung „Den Worten müssen Taten folgen!" kann wohl nicht anders interpretiert werden.

Allerdings können die Worte der Bundesregierung auch in der kürzlich beschlossenen Koalitionsvereinbarung nachgelesen werden. Und da können/sollten von Pazifisten und Kriegsgegnern auch andere Schlüsse gezogen werden. Da kann man so Sätze lesen wie: „Schwerpunkt des deutschen militärischen Engagements in internationalen Friedenseinsätzen bleibt auch nach dem Einschnitt des 11. Septembers 2001 der Balkan. Dort sind derzeit rund 7000 Bundeswehrangehörige eingesetzt ..." Es ist nach wie vor umstritten, das deutsche militärische Engagement auf dem Balkan als Friedenseinsatz zu beschreiben. Mitglieder der Münchner PDS verteilten wohl deshalb auf der Kundgebung in München ein Flugblatt zum Thema „Jugoslawien schon vergessen? Nato-Kriegsopfer klagen auf Schadensersatz".

Wir dokumentieren den Abschnitt „Bundeswehr und internationale Einsätze" aus diesem Regierungsprogramm (Siehe Kasten Seite 8). *dil* ■



Mehrere hunderttausend Menschen demonstrierten im Rahmen des internationalen Aktionstages gegen den drohenden US-Angriff auf den Irak. Allein in Washington beteiligten sich 200000 Menschen. In der BRD waren es mehrere Zehntausende, die in über 80 Städten auf die Straße gingen. Bild: Demo in Köln

auch das Menschenrecht auf Asyl verteidigen. War es nicht so, dass während des Angriffskriegs gegen Afghanistan Flüchtlingen das Recht auf Asyl verwehrt wurde? Und es ist heute schon wieder so, dass Flüchtlinge aus dem Irak hier nur so lange geduldet sind, wie die Sanktionsmaßnahmen auch die Abschiebung erschweren.

Die vollmündigen Haltung Schröders gegen den Irak Krieg im Wahlkampf werden nicht nur an der Aufnahme von Flüchtlingen zu messen sein. Das Verfallsdatum ist längst abgelaufen, denn auch die logistische Hilfe ist Beihilfe zum Krieg. Ist es nicht so, dass die Fuchspanzer und deutsche Soldaten weiterhin auf Kuwait stationiert sind? Und ist es nicht so, dass bis heute weder der Luftraum noch amerikanische Stützpunkte gesperrt wurden? Schon in den nächsten Tagen wird die Bündnistreue Schröders und Fischers erneut auf den Prüfstand gestellt: auf dem Prager Gipfeltreffen der Nato fordert die US-Regierung von Berlin die Einrichtung einer NATO-Eingreiftruppe und die Aufnahme der Türkei in die EU. Ein kleiner Beitrag zur Stabilisierung von Schwachpunkten für die Kriegsführung Bushs? Oder wie sonst dürfen wir dies verstehen?

Und schon sind führende Sozialdemokraten auf Verteidigungskurs: „Der Bundeskanzler habe immer nur eine Beteiligung an einem Angriffskrieg gegen den Irak ausgeschlossen“. Und schon wird das Szenario von den Drohkulissen, deren Aufbau den Frieden sichere von Sicherheitspolitikern dieser Regierung aufgebaut. Das nennt man mit den Säbeln rasseln.

- Wer Staatsterrorismus und Krieg bekämpfen will muss die Täter und ihrer Helfer öffentlich anklagen!
- Wer Krieg verhindern will, muss für Gerechtigkeit einstehen, die Arroganz der Mächtigen bekämpfen, die Schwachen stärken und den Unterdrückten im Streit für ihre elementaren Menschenrechte beistehen.
- Kämpfen wir gemeinsam gegen den Terror des Krieges der sich zum Krieg des Terrors gesellt. ■



Aus der neuen Koalitionsvereinbarung:

„Bundeswehr und internationale Einsätze

Die Bundeswehr sichert gemeinsam mit den Streitkräften anderer Nationen den Friedensprozess in Afghanistan.
Auch im Rahmen der Operation ENDURING FREEDOM beteiligt sich die Bundeswehr an den militärischen Maßnahmen der internationalen Anti-Terror-Koalition. Ihr Beitrag macht deutlich, dass sich Deutschland der internationalen Verantwortung – seinem Gewicht in Europa und der Atlantischen Allianz entsprechend – stellt und die Zusage seiner Solidarität mit den Vereinigten Staaten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus einlöst.
Soldaten der Bundeswehr wirken mit in den VN-Beobachtermissionen und der internationalen Rüstungskontrolle. Schwerpunkt des deutschen militärischen Engagements in internationalen Friedenseinsätzen bleibt auch nach dem Einschnitt des 11. September 2001 der Balkan. Dort sind derzeit rund 7000 Bundeswehrangehörige eingesetzt. Im Rahmen der SFOR in Bosnien und Herzegowina, der KFOR im Kosovo und der Task Force FOX in Mazedonien dienen sie der Gewalteindämmung und -verhütung. Zusammen mit Polizisten und zivilen Kräften tragen sie dazu bei, dass die Menschen in diesem Teil Europas nach Jahren der Gewalt und der Zerstörung eine Perspektive für eine friedliche Zukunft haben.
Wir werden die umfassende Reform der Bundeswehr fortsetzen und – wo erforderlich – konsequent weiterentwickeln. Aufgaben, Struktur, Ausrüstung und Mittel der Bundeswehr werden wieder in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht.
Das künftige Aufgabenspektrum der Bundeswehr wird ganz wesentlich durch die sicherheitspolitischen Entwicklungen und den Wandel der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz bestimmt. Aufgaben der Bundeswehr sind Landes- und Bündnisverteidigung und internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen einschließlich humanitärer Einsätze und Evakuierungen. Dafür sind moderne, gut ausgerüstete und schnell verfügbare Einsatzkräfte erforderlich. Ihre Modernisierung muss die europäischen integrierten Fähigkeiten in der NATO und in der EU stärken. ...“

Weggekommen... Abschied ohne Wiederkehr Verfolgung von Sinti und Roma im 3. Reich

Ortenau. In Zusammenarbeit mit dem DGB Südbaden-Hochrhein führt die VVN-BdA Ortenau am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht 1938, eine Veranstaltung zu diesem Thema im KIK, Kultur in der Kaserne, Weingartenstr. 34c, in Offenburg durch.

Um 20 Uhr wird Daniel Strauß, Landesvorsitzender des Landesverbandes deutscher Sinti und Roma über die Geschichte der Verfolgung von Sinti und Roma und deren Höhepunkt, die grausamen Deportationen Tausender Sinti und Roma berichten. Sie fanden am 16. Mai ihren 1940 ihren Auftakt. In der Sprache der Mörder verschleiernd als „Umsiedlung von Zigeunern" bezeichnet, markierte dies den Beginn der systematischen Deportationen durch die Nationalsozilisten in die Vernichtung. Daniel Strauß wird aber auch auf die gegenwärtige Situation von Sinti und Roma in Deutschland eingehen.

Die Ausstellung zum Thema, die damit gleichzeitig eröffnet wird, wurde anlässlich des 60. Jahrestages der Deportationen deutscher Sinti und Roma in Baden-Württemberg, erstmalig im Mai 2000 im Landtag der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Ausstellung wird eine Woche lang zu sehen sein, Schulklassen und anderen Gruppen bieten DGB und VVN-BdA Ortenau bei Anmeldung eine Führung an.

Kontakt c/o Veit Gutman, Pressesprecher der VVN-BdA Ortenau, Tel. 07808-7324, email: veitgutmann@hotmail.com ■

Demonstration gegen IWG und andere Nazis

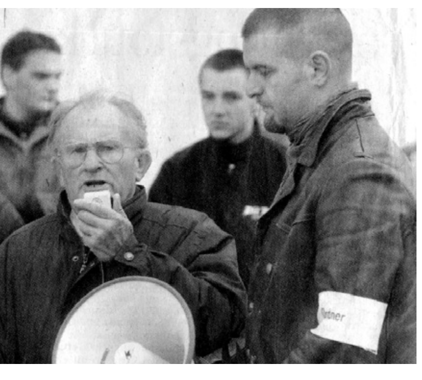
HILDESHEIM. Zunächst erlaubte die Stadt Hildesheim eine „Demonstration für das Recht auf Heimat“ von der IWG (Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands) unter Georg Paletta aus Pleinfeld, Bayern (dort ist die IWG als Verein im Amtsgericht Weißenburg in Bayern eingetragen) am 19.10.2002.

Die IWG vertritt offen revanchistisch-faschistische Programmatik. Paletta fordert auf der IWG-Internetseite, den 2+4-Vertrag angreifend, unter dem Titel: „HANDELN statt PHILOSOPHIE-REN“ (in der Rubrik Texte): „„..das Problem der annektierten Heimat (ist) nicht nur das Thema der Vertriebenen, sondern ein gesamtdeutsches Thema. Hier sind nun wiederum alle deutschen Patrioten aus sämtlichen politischen Lagern gefragt, dieses Tabuthema auf die Tagesordnung deutscher und internationaler Politik zu bringen. Die ... IWG ...ist entschlos-sen, die Vorreiterrolle in dieser Sache zu spielen. Das Memorandum der IWG lautet: Gemäß Völkerrechts sind die annektierten, deutschen Ostgebiete weiterhin Bestandteil Deutschlands. Daran ändern die von deutschen Regierungen geschlossenen Ostverträge nichts; denn das Völkerrecht hat Vorrang vor dem Staatsrecht. Die IWG wird solange die Demonstrationen unter dem Motto „Recht auf Heimat“ fortführen, bis die Regierenden hierzulande und die internationale Staatengemeinschaft der Forderung nach Rückgabe der deutschen Ostgebiete und des Sudetenlandes stattgegeben haben.“

Zum Thema Vertriebenenverbände: „Weil die Landsmannschaften der Vertriebenen aufgrund des Alters und des Absterbens ihrer Mitglieder nicht mehr in der Lage sind, bei den Protesten, Demonstrationen auf der Straße, mitzumachen, auch teils wegen ihrer Trägheit oder Apathie, sind die heranwachsenden Jungen Landsmannschaften gefordert, den Kampf um ihre Heimat auf der Straße auszufechten.“ Zu dieser Kriegszielhetze gesellte sich die „Kameradschaft Weser-Bergland“, die zur IWG-Demonstration aufrief, weil „die Route (...) nämlich in die Hildesheimer Oststadt (...) und geradewegs zum lokalen Antifa-Zentrum im Haus der Jugend (führt). Etwa 200 Meter von der Antifa-Location entfernt kommt es dann zu einer Kundgebung. Und etwa 5 Minuten entfernt liegen zwei Siedlungen mit reichlich Ausländern. Es muß nicht heiß werden, aber die Chancen stehen gut...! (...) Also: Auf zum Tanz!!!“ Ebenso mobilisierte das Aktionsbüro Norddeutschland um Christian Worch, Hamburg und das „Bündnis Rechts Lübeck“ um Dieter Kern, der auch das Nazi-Infotelefon zur Demonstration betreute. Als IWG-Ordner sollten Dieter Riefling (Blood&Honour Niedersachsen) und Thorsten Heise (Kameradschaft Northeim) fungieren. Beide sind einschlägig bekannt und entsprechend vorbestraft. (Nach Infoblatt des Antidiskriminierungsreferates des ASTA der FH Hildesheim).

Als nach Bekanntwerden der bevorstehenden ungeheuerlichen Provokation, „insbesondere vor dem Hintergrund, dass genau sechs Wochen nach den rassistischen Übergriffen von Algermissen in Hildesheim eine Nazi-Demo stattfinden soll“, auf Initiative des Antidiskriminierungsreferates des ASTA der Fachhochschule Hildesheim ein Vorbereitungstreffen von 100 Antifaschisten Gegenwehr ankündigte, forderte die SPD und die GRÜNEN und zum Beispiel die ver.di -Mitgliederversammlung des Fachbereiches 8 (Medien, Kunst, Druck etc.) das Verbot der Nazi-Demonstration. Die PDS forderte ebenfalls die Stadt auf, die Erlaubnis zurückzuziehen, beschloss aber auch die Beteiligung an der Gegendemonstration. Die Stadt Hildesheim verbot schließlich die Veranstaltung der Rechtsextremen, auch mit Hinweis auf die rechtsextremen Aktivitäten der IWG nebst den angelockten und angedockten faschistischen „Kadern“. Die VVN/BdA Landesverband Niedersachsen übernahm die Anmeldung der Gegendemonstration.





Die IWG klagte gegen das Verbot der Stadt vor dem Verwaltungsgericht und bekam ihre Demonstration erlaubt, musste jedoch zum Parkplatz Pieperstraße als Endpunkt, wesentlich weiter vom Haus der Jugend entfernt. Die Antifaschistische Gegendemonstration wurde nicht auf der Steingrube als Anfangspunkt erlaubt. Dort sollte die IWG-Provokation ursprünglich enden. Die Antifaschisten mussten sich am Goschentor versammeln. Über 400 Gegendemonstranten sammelten sich hinter dem Transparent „Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen“ und führten eine Gegendemonstration mit Gedenkminute am Denkmal für die am 9. November 1938 niedergebrannte jüdische Synagoge sowie zwei weitere Kundgebungen durch. Nach Beendigung der Antifaschismus-Demonstration gelang es etlichen Zeitgenossen bis zur Nazi-Demonstration (etwa 70 waren aufgelaufen) vorzukommen und Parolen dagegen zu rufen. Die nach Schätzungen mit etwa sieben Hundertschaften aus Oldenburg, Nienburg, Hameln und Hannover angerückte Polizei, (laut Polizeichef Helmut Marhauer die bislang höchste Polizeipräsenz in Hildesheim) begleitete den Nazi-Zug. Auch auf dem Rückweg standen die Rechten unter Druck. Immer wieder gelang es, Gruppen zu bilden und „Nazis raus!“ zu skandieren. Die Polizei verlegte kurzfristig die Route über Bismarkstr. und Berliner Kreisel. Es gab 45 kurzzeitige Festnahmen von Antifaschisten, was sehr bedauerlich ist. Wahrscheinlich hätten sich mehr Menschen in Hildesheim an den Gegenaktivitäten beteiligt, wenn auch der Stadtrat zu Gegenaktionen aufgerufen hätte, statt dass sich die Stadtverwaltung lediglich mit einem Verbot der Nazi-Veranstaltung begnügte. Allzuoft werden die notwendigen Verbote vor Verwaltungsgerichten kassiert, wie ja auch diesmal. Darüber hinaus waren zwar Gewerkschafter der IG-Metall und ver.di mit Fahnen auf der Gegendemonstration sichtbar vertreten – aber zu einem Aufruf an die Mitgliedschaft zur Gegenwehr ist es nicht gekommen.

Laut Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 21.10.2002 forderte Paletta auf der Kundgebung neben der Rückgabe „deutscher Ostgebiete“ auch, dass er Bürgermeister von Hirschberg (= Jelenia Góra) in Polen werden wolle. Alle zwei Jahre findet in Alfeld im Kreis Hildesheim das sogenannte „Hirschberger Heimattreffen“ der Vertriebenenverbände statt. *raj* ■

Broschüre zum Zuwanderungsgesetz

Zum 1. Januar 2003 tritt das Zuwanderungsgesetz in Kraft. Mit einer Broschüre dazu gibt der Informationsverbund Asyl/ZDWF e.V. eine erste praxisorientierte Arbeitshilfe für professionelle und ehrenamtliche BeraterInnen und UnterstützerInnen in der Flüchtlingsarbeit heraus. Sie macht mit den wichtigsten Änderungen durch das Zuwanderungsgesetz vertraut. Erarbeitet wurde die Broschüre durch den erfahrenen Flüchtlingsanwalt Hubert Heinhold und Georg Classen, einem anerkannten Experten in der Praxis des Flüchtlingssozialrechts. Die Broschüre ist ein wichtiges Hilfsmittel, um sich auch zukünftig im Flüchtlings- und Ausländerrecht zurechtzufinden. Sie ist damit eine unverzichtbare Voraussetzung für kompetente Beratung und Hilfe für Flüchtlinge. Zu bestellen über:
Verlag IBIS e.V, Alexanderstrasse 48 26121 Oldenburg, Telefon: 0441-884016 Fax: 0441-9849606 E-Mail: IBISeV.OL@t-online.de Die Broschüre kostet: 7,50 Euro oder 4,50 Euro für Beratungsstellen.

Flüchtlingsrat Thüringen e.V. ■

Wunsch nach Asyl entscheidend

Das OLG Köln hat in einem Beschluss vom 15.4.2002, der unanfechtbar ist (AsylVfG §§ 13 Abs.1, 55 Abs.1, AuslG § 57) erklärt:

Wer nach illegaler Einreise bei seiner Vorführung vor den Haftrichter vor Verkündung des Haftbefehls erstmalig den Wunsch nach „Asyl" äußert, genießt zunächst den Schutz des § 55 Abs.1 AsylVfG. An die Begründung des Asylwunsches vor dem Haftrichter sind keine besonderen Anforderungen zu stellen. Allein schon die Verwendung des Begriffes „Asyl" lässt zunächst darauf schließen, dass der Betroffene sich auf politische Gründe berufen will.

Stefan Keßler ■
E-Mail: Stefan_Kessler_02@yahoo.de

Dreiländer-Wanderausstellung geplant!

FREIBURG. Am Montag den 4. November 2002 wird in Mulhouse (Frankreich) ein weiteres Dreiländertreffen stattfinden. Mit dem Ziel, das Dreiecklandbündnis auf breitere Füße zu stellen, werden sich nordwestschweizer und südbadische Gruppen erstmals mit dem Collectif Mulhousien de Défense de la Personne Etrangère, einem Zusammenschluss von 14 Gruppen, treffen. Nach der erfolgreichen Dreiländerdemonstration am 15. Juni an der französisch-deutsch-schweizerischen Grenze soll das weitere Vorgehen im Dreieckland besprochen werden. Ein weiteres Thema wird die Durchführung einer Dreiländer-Wanderausstellung sein.

Im Aufruf zu der Dreiländer-Wanderausstellung heißt es:

Um nach der gelungenen Dreiländerdemonstration am 15. Juni 2002 in Basel, Weil am Rhein und St. Louis, die aktive Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen nicht wieder einschlafen zu lassen, sondern im Gegenteil die gemeinsame Arbeit fortzuführen, wollen wir mit euch zusammen ab April/ Mai 2003 nächsten Jahres eine Wander-Ausstellung unter dem Motto: „Jeder Mensch hat das Recht, Rechte zu haben." (Hannah Arendt) zeigen.



Rund 500 Roma und Vertreter von Menschenrechtsgruppen haben am Samstag, 3.11., in Düsseldorf für ein dauerhaftes Bleiberecht und gegen Abschiebungen demonstriert. Flüchtlingsfamilien aus Serbien, Montenegro, dem Kosovo hätten dort keine Überlebensperspektive, so die Sprecher der Roma.

Die Wander-Ausstellung in deutscher und französischer Sprache könnte in Freiburg starten, anschließend in verschiedenen Städten des Dreiländerecks gezeigt werden und so breite Öffentlichkeit erreichen. Die Ausstellung soll über die Asylsituation in den einzelnen Ländern (CH-F-D), die Rechtlosigkeit der Sans-Papiers, das Engagement der aktiven Gruppen, sowie über das geplante EU-Asylrecht informieren. Dabei können MigrantInnen-, Flüchtlings- und Unterstützungsgruppen aus dem Elsass, Nordwestschweiz und Südbaden sich und ihre Arbeit vorstellen. Wir möchten mit der Ausstellung das gemeinsame politische Anliegen herausarbeiten und ein Forum bieten, in dem sich die verschiedenen Gruppen der Länder treffen und von den Aktivitäten der anderen erfahren können. So soll die Vernetzung im Dreiländereck gefördert werden. Die Ausstellung will über die Darstellung der Gruppenarbeit in den verschiedenen Regionen den alltäglichen Rassismus in der Schweiz, Frankreich und Deutschland aufzeigen, gegen eine Politik der Entrechtung von MigrantInnen, Flüchtlingen und Geduldeten intervenieren und die Bewegung für mehr Solidarität und für die Rechte von Minderheiten stärken. Dabei wollen wir mit der Ausstellung konkret die Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aufzeigen. Mit dem Beispiel der Zusammenarbeit von politischen Gruppen aus drei Ländern soll ein weiterer Beitrag zum Aufbau einer entschlossenen Menschenrechtsbewegung geleistet werden. ■

Keine Ausreisezentren in Fürth und anderswo!

Am 9.11.02 wurde in Fürth/ Bayern in der Hafenstr 21 direkt neben einer bereits bestehenden Asylunterkuft das erste sogenannte Ausreisezentrum Bayerns eröffnet.

Ausreisezentren sind Unterbringungslager für abgelehnte AsylbewerberInnen, die aufgrund fehlender Papiere nicht abgeschoben werden können. Sie werden dort zentral untergebracht, mit dem Ziel, solange beratend auf sie einzuwirken, bis sie „freiwillig" ausreisen, als Illegalisierte untertauchen oder eine Botschaft eines potentiellen Heimatlandes bestätigt, dass es sich bei der jeweiligen Person um eine/n Staatsbürger/in dieses Landes handelt. Die Arbeit mit den in Ausreisezentren Untergebrachten soll dazu dienen, dass sie ihre Energien nicht mehr dazu verwenden, ihren Aufenthalt in Deutschland zu verlängern, sondern ihre Rückkehr zu planen.

Was harmlos klingt, entpuppt sich als Alptraum. In diesen Ausreisezentren landen Menschen, denen unterstellt wird, ihre Herkunft zu verschleiern und an der Passbeschaffung nicht mitzuwirken. Bisher bestehen außer in Bayern Modellprojekte in Ingelheim (Rheinland-Pfalz), Braunschweig, Oldenburg, Bramsche (Niedersachsen). Das Ausreisezentrum in Lübbecke (Nordrhein-Westfalen)

wurde bereits wieder geschlossen, weil ein Flüchtling dort Selbstmord beging. Die angewandten Zermürbungsinstrumente in diesen Ausreisezentren sind:

- Einschränkung der Bewegungsfreiheit auf das Stadtgebiet
- Striktes Verbot sowohl von Erwerbs- als auch von gemeinnütziger Arbeit
- Verbot von Deutschkursen
- Unterbringung in Mehrbettzimmern
- Ärztliche Grundversorgung nur mit Genehmigung der zuständigen Behörden
- Regelmäßige Meldepflicht
- Regelmäßige Verhöre durch MitarbeiterInnen der Ausländerbehörden, um die Flüchtlinge psychisch unter Druck zu setzen, Deutschland zu verlassen
- Fortwährende Kontrolle durch Sicherheitsdienste
- Willkürliche Zimmerdurchsuchung nach Papieren
- Konfiszierung von Geld, Handys und anderem
- Sprachanalysen zur Feststellung des Herkunftslandes
- Verweigerung von Ausweisersatzpapieren, die zum Nachweis der Identität gegenüber Behörden notwendig sind
- Strafanzeigen wegen angeblich falscher Identitätsangaben mit folgender Verhängung von Bußgeldern, die von den Betroffenen nicht bezahlt werden können. Folge: Ersatzfreiheitsstrafen.

Dietmar Martini-Emden, Leiter der „Clearingstelle Rheinland-Pfalz für Flugabschiebung und Passbeschaffung" erklärt den Kern des Konzepts damit, dass „Ausreisepflichtige damit in eine gewisse Stimmung der Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit versetzt" werden sollen. Eine Alternative zur Abschiebehaft sind Ausreisezentren nicht. Weder die Vorraussetzungen für die Einweisung noch die Lebensumstände in solchen Ausreisezentren sind gesetzlich geregelt. Der Willkür der einweisenden Verwaltung bleibt breiter Raum. Es gibt keine gesetzlich festgesetzte Höchstgrenze für die Aufenthaltsdauer. Zwischen 42 und 53% der Flüchtlinge verschwinden nach angekündigter oder vollzogener Zwangseinweisung in die Illegalität.

Um gegen die Betreibung solcher Abschiebelager zu protestieren, könnt ihr an einer Protestfaxkampagne teilnehmen. Die Fax-bzw Postadressen lauten:

ORR Dr. Christoph Hammer
Sachgebiet 202, Regierung Mittelfranken, Promenade 27, 91522 Ansbach, Telefon: 0981/53-323, Fax:0981/53-248 Christoph.Hammer@reg-mfr.bayern.de
Dr. Günther Beckstein, Bayerisches Staatsministerium des Innern,Odeonsplatz 3, 80539 München, Tel: 089/5597-01, Fax: 089/282090, poststelle@stmj.bayern.de

KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, Gruppe Nürnberg ■

Projekt „rasthaus" ist vorläufig gekippt

Freiburg, Breisgau. Der Gemeinderat der Stadt Freiburg hatte am 24.9.2002 über das Projekt „rasthaus" zu entscheiden. Er hat dies mit der überwiegenden Mehrheit der Gemeinderätinnen und -räte abgelehnt. Das Projekt ist damit allerdings nicht gescheitert, sondern wird weiter vorangetrieben.

Kurz zur Vorgeschichte: Der „förderverein rasthaus" hatte – nach seiner Gründung im Rahmen der Initiative „kein mensch ist illegal" – 1998 einen offiziellen Kaufantrag an die Stadt Freiburg gestellt. Dieser beinhaltete, ein ehemaliges Kasernengebäude zu kaufen, das bis zum August 2002 noch als Abschiebelager für das Land Baden-Württemberg genutzt wurde. Nach der Auflösung dieses Lagers fiel das Gelände (mit insgesamt noch 5 Gebäuden) zurück an die Stadt Freiburg. Die notwendige Verwendung dieser Gebäude stand jetzt auf der Tagesordnung. Das Haus sollte als Herberge und Rastplatz für Menschen gelten, die Aufenthaltsprobleme haben.

Das Gelände, auf dem die ehemaligen Kasernengebäude stehen, wird innerhalb der Stadt und nach außen inzwischen als Modell-Stadtteil dargestellt: eine Mischung aus Eigenheimen, jungen Familien, integriertem Wohnen, Alternativ- und Studentinnen-Siedlung. Das Gelände mit seinen vielen NeubewohnerInnen (fast 50 % Votum für die Grünen) hatte sich für die Einrichtung des „rasthaus" in „ihrem" Stadtteil ausgesprochen. Weitere Organisationen wie pax christi, das Friedensforum, terre des hommes, das Diakonische Werk, der Kulturrat etc. hatten sich in den letzten Wochen für die Einrichtung einer Anlaufstelle ausgesprochen, bei der keine Fragen nach Aufenthaltsstatus gestellt werden. Die meisten Schritte von „rasthaus" wurden in den letzten Jahren von ausführlicher Pressearbeit begleitet. Ebenso gab es Berichte zu vergleichbaren Projekten, z.b. in Italien oder Mexico.

Die Stadt Freiburg hatte sich vier Jahre lang verleugnen lassen. Es gab weder eine Rückmeldung auf das Kaufangebot noch eine Möglichkeit zur Besichtigung des Geländes. Das Problem der „Illegalisierten" sollte wegdefiniert werden; man vermute es eher in den Großstädten, nicht aber in der Provinz. Man wollte das Problem aussitzen und der Initiative den Atem nehmen. Als der Förderverein vor einem Jahr eine Mini-Version von „rasthaus" eröffnete, stellte sich heraus, dass die Absicht des Totschweigens wohl nicht aufgehen konnte.

Positiv entwickelte sich unerwartet auch die Kandidatenkür zur Oberbürgermeisterwahl der Stadt im Frühjahr 2002. Es gab niemand unter den drei Kandidaten und der einen Kandidatin, der sich gegen „rasthaus" aussprach. Auch der Sieger aus dieser Kür, der Grüne Salomon, hatte sich ausdrücklich in der Öffentlichkeit für „rasthaus" eingesetzt. Die Chancen waren also recht günstig.

Einen Tag nach der Oberbürgermeisterwahl meldete sich allerdings die Aufsichtsbehörde, das Regierungspräsidium Freiburg zu Wort. Sie erkannten – sollte „rasthaus" Wirklichkeit werden – die Einrichtung eines „rechtsfreien Raums", insbesondere auch, da die sie tragenden Initiativen in den letzten Jahren „mit fundamental orientierter Kritik ihren Widerstand gegen die staatliche Flüchtlingspolitik in der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht haben". Die Stadt würde sich mit einer Zustimmung zum Verkauf des Hauses an die Initiative strafbar machen, polizeiliche Maßnahmen würden „erheblich erschwert", ein „permanenter Konfliktherd geschaffen". Die Stadt Freiburg solle diese Aspekte in ihren Entscheidungsprozess einbeziehen.

Folglich erarbeitete die Stadt Freiburg eine Vorlage, in der „rasthaus" aus (finanziellen und) rechtlichen Erwägungen abgelehnt wurde. Die finanziellen Erwägungen waren recht eigenartig: vom „rasthaus" lag ein ausreichendes Preisangebot vor. Blieben die rechtlichen „Argumente". Da die Ansichten der Stadt hierzu recht dürftig waren, es gab zunächst nicht einmal eine rechtliche Darstellung, konnte im Gegenzug z.B. auf die Institution des Kirchenasyls, die Fixerstuben oder die sogen. Babyklappe Bezug genommen werden, mit denen auch rechtliches Neuland betreten wurde. Nicht zuletzt hätte auch die Erkenntnis der Süßmuth-Kommission hilfreich sein können, wenn der Wille zur Änderung bestanden hätte.

Auch der Bezug auf die Deklaration Freiburgs als „Offene Stadt" hätte der Stadt gut anstehen können. Seit zwei Jahren tritt die Stadt gegen „Fremdenhass und Rassenwahn" ein und hat damit vor einer Woche erfolgreich Front gemacht gegen eine NPD-Demonstration mit mehr als 15000 Leuten auf der Straße.

In der Debatte im Gemeinderat am 24.9.02 war von derartigen guten Beschlüssen aber keine Rede mehr. Allenfalls eine Minderheit erkannte, dass dem Problem nicht mit rechtlichen Kommentaren *Fortsetzung Seite 13*

Aus der Koalitionsvereinbarung:

I. Sicherheit, Toleranz und Demokratie

(...) Das Jahrzehnt der Integration

Wir werden das Zuwanderungsgesetz zügig im Sinne seiner Zielsetzungen umsetzen und uns dafür einsetzen, dass die Anwendungshinweise und Verwaltungsvorschriften den humanitären Zielsetzungen und den neuen flüchtlingsrechtlichen Anerkennungskriterien des Gesetzes voll entsprechen. Zugleich werden wir dafür sorgen, dass die Ausreisepflicht von Nicht-Bleibeberechtigten konsequent durchgesetzt wird. Nach zwei Jahren werden wir gemeinsam die Erfahrungen mit dem Zuwanderungsgesetz auf der Grundlage eines Berichtes der Bundesregierung auswerten.



Unsere Integrationspolitik ist Querschnittspolitik. Zur Integrationspolitik gehört auch ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht. Wir werden die Anstrengungen fortsetzen, mit einer umfassenden Integrationspolitik die Fehler und Versäumnisse der sog. „Gastarbeiter-Ära" zu korrigieren. Mit dem Zuwanderungsgesetz haben wir erstmals neu zuwandernden Ausländern und Aussiedlern gleichermaßen einen Anspruch auf die erforderlichen Sprach- und Orientierungskurse gegeben. Wir werden eine den Pflichten und Ansprüchen der Betroffenen entsprechende und bedürfnisgerechte Ausstattung der Kurse einschließlich Kinderbetreuung und sozialpädagogischer Begleitung gewährleisten. Darüber hinaus werden wir uns auch um die nachholende Integration von bereits in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten und von Ausländern mit humanitären Aufenthaltsrechten bemühen. Die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen, denen nach dem Zuwanderungsgesetz ein Aufenthaltsrecht zusteht, werden wir besonders fördern.

Wir werden prüfen, welche humanitären Vorschläge aus dem Bericht der Süssmuth-Kommission umgesetzt werden können. Zur Lösung humanitärer Einzelfälle (ca. 500 pro Jahr) kann der Bundesminister des Innern in Zusammenarbeit mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen Flüchtlinge aus dem Ausland aufnehmen.

Zur Abwehr von Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus werden wir die Handlungs- und Vorbeugungsstrategien für Toleranz und gegen Gewalt

PRO ASYL zum Koalitionsvertrag

Statt Handlungsschritten vage Formulierungen und Prüfaufträge

www.proasyl.de

Als insgesamt ungenügend kritisiert PRO ASYL die rotgrüne Koalitionsvereinbarung zur Innenpolitik. Wo konkrete Schritte hätten benannt werden müssen, finden sich lediglich Prüfaufträge oder vage Absichtserklärungen.

Als einen Lichtblick innerhalb der ansonsten eher von Mutlosigkeit geprägten Koalitionsvereinbarung bewertet PRO ASYL die Verabredung zur EU-Politik. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Ein abgestimmtes Verhalten in Gremien der EU wird sichergestellt." Damit ist die Koalition in der Pflicht, Otto Schilys europapolitische Alleingänge künftig zu stoppen. Das ist auch dringend nötig, will die Regierungskoalition eine weitere Absichtserklärung einlösen. Die Harmonisierung der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik soll nämlich laut Koalitionsvereinbarung „auf hohen menschen- und flüchtlingsrechtlichen Standards gründen."

PRO ASYL begrüßt, dass die europäische Migrations- und Asylpolitik künftig nun auch mit dem Auswärtigen Amt und dem grünen Koalitionspartner abgestimmt werden muss. „Damit ist die europäische Harmonisierung in diesem Bereich keine Otto Schily-Domäne mehr", sagte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL.

Hieraus resultierender Konfliktstoff liegt auf der Hand. Noch während der laufenden Koalitionsverhandlungen hatte das Bundesinnenministerium im Vorfeld der letzten EU-Ministertagung am 14./15. Oktober die Initiative ergriffen, um die künftige EU-Richtlinie zu den sozialen Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge zu blockieren. „Mit der Koalitionsvereinbarung im Rücken und ein wenig Mumm können die Grünen nun dafür sorgen, dass dies das letzte europapolitische Solo der Innenministers war," so Günter Burkhardt.

An anderen Stellen der Koalitionsvereinbarung wird Handlungsbedarf verklausuliert. Die Koalition will sich „um die nachholende Integration von bereits in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten und von Ausländern mit humanitären Aufenthaltsrechten bemühen". Integration kann nicht gelingen ohne Rechtssicherheit und ohne ein sicheres Aufenthaltsrecht. Ein Bleiberecht für bislang Geduldete, die sich zum Teil seit vielen Jahren integriert in Deutschland aufhalten, ist überfällig. Es ist weder humanitär vertretbar noch im Interesse unserer Gesellschaft, Menschen, die seit Jahren hier leben, außer Landes zu drängen. Konkret fordert PRO ASYL die Bundesregierung auf, gegenüber den Ländern Initiativen zu ergreifen, so dass es zu einer Schlussstrichregelung für bislang Geduldete kommt.

Im Koalitionsvertrag umschifft die Koalition klare Worte und formuliert: „Wir werden prüfen, welche humanitären Vorschläge aus dem Bericht der Süßmuth-Kommission umgesetzt werden können." Hier muss gehandelt statt geprüft werden. PRO ASYL erinnert daran, dass die Süßmuth-Kommission die Herausnahme von Kindern aus dem Asylverfahren gefordert hatte. Kinder gehören weder in ein Flughafenverfahren noch in eine Abschiebungshaftanstalt. Flüchtlingskinder brauchen stattdessen Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten, so auch die Kommission.

Im Bereich der Asylpolitik gibt es unter humanitären Gesichtspunkten dringenden Handlungsbedarf: ● faire Verfahren beim Bundesamt, um den freien Fall der Anerkennungsquoten zu stoppen. ● Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur Kinderrechtskonvention. Laut Koaliti-onsvertrag will die Bundesregierung lediglich „darauf hinwirken, dass ausstehende Konventionen und Zusatzprotokolle im Menschenrechtsbereich ratifiziert sowie bestehende Vorbehalte zurückgenommen werden. Dies gilt auch für die Kinderrechtskonvention." ● Beseitigung der unverhältnismäßigen Dauer der Abschiebungshaft. Während im letzten Koalitionsvertrag wenigstens noch ein Prüfauftrag formuliert wurde, scheint dieses Thema nun in Vergessenheit zu geraten. ● Verbesserungen beim Flughafenverfahren, so dass rechtsstaatliche Minimalstandards erreicht werden. ● Beendigung der sozialen Ausgrenzung von Flüchtlingen: Die deutsche Gesellschaft hat sich an eine strukturelle Diskriminierung gewöhnt. Die Beschränkung der Bewegungsfreiheit (Residenzpflicht), die Ausgrenzung von Flüchtlingen im sogenannten Asylbewerberleistungsgesetz sowie die diskriminierenden Regelungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt sind korrekturbedürftig.

PRO ASYL erwartet, dass die rotgrüne Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsparteien konkrete Initiativen ergreifen, die einer humanen Flüchtlingspolitik Rechnung tragen. ■

weiter ausbauen – unter anderem zum Beispiel im „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt" einschließlich der Programme Civitas, Xenos und Entimon. (..)

Verstärkung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit

Der europäische Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts muss entsprechend den Beschlüssen von Tampere ausgebaut werden. Das umfasst auch die weitere Harmonisierung der europäischen Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass diese auf hohen menschen- und flüchtlingsrechtlichen Standards gründen.
Die Zuwanderung in die EU muss sinnvoll gesteuert werden. Die europäische Polizeibehörde EUROPOL sollte zu einer mit Ermittlungsbefugnissen ausgestatteten Gemeinschaftseinrichtung ausgebaut werden. Parallel dazu wird der Aufbau der parlamentarischen und justiziellen Kontrolle sowie die Abschaffung der Immunität der EUROPOL-Bediensteten angestrebt. Die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität wird verstärkt.
(...) Die Regierungskoalition wird auf der Grundlage der Vorarbeiten aus der 14. Legislatur ein Antidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen und die EU-Richtlinien hierzu umsetzen.

Menschenrechte
Wir messen der weltweiten Durchsetzung von Menschenrechten zentrale Bedeutung zu. Internationale Friedenssicherung kann nur mit Schutz und Umsetzung von Menschenrechten erfolgreich sein. Menschenrechtliche Grundnormen sind unantastbar und dürfen unter keinen Umständen außer Kraft gesetzt werden.
Um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und zu ahnden, setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass diese Thematik bei internationaler Sicherheitszusammenarbeit stärker berücksichtigt wird. Institutionell wird sie die Stärkung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg fordern.
Die Bundesregierung wird darauf hinwirken, dass ausstehende Konventionen und Zusatzprotokolle im Menschenrechtsbereich ratifiziert sowie bestehende Vorbehalte zurückgenommen werden. Dies gilt auch für die Kinderrechtskonvention. Die Bundesregierung wird ihr besonderes Augenmerk auf die Durchsetzung von Frauenrechten legen. Sie wird ihr Engagement in diesem Bereich fortführen.
Zum Aufbau eines gemeinsamen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gehört auch die Harmonisierung gemeinsamer Regelungen in der Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass diese auf hohen menschen- und flüchtlingsrechtlichen Standards gründen. Die Zuwanderung in die Europäische Union muss sinnvoll gesteuert werden. Die Bundesregierung wird sich für eine gerechtere und gleichmäßigere Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten einsetzen.
Im Kabinett wird in Fragen, die für einen Koalitionspartner von grundsätzlicher Bedeutung sind, keine Seite überstimmt. Ein abgestimmtes Verhalten in Gremien der EU wird sichergestellt.

Fortsetzung von Seite 11

und leeren Worten beizukommen ist. Eine „große Koalition" aus der Mehrheit der Grünen, der SPD und CDU war sich einig, dass die Stadt sich bereits mit dem Verkauf des Hauses an „rasthaus" strafbar machen würde (§§ 76, 92 a). Im Übrigen fürchtet man das Einschreiten der Landesbehörde. Letztlich waren fünf Gemeinderäte für „rasthaus", vier enthielten sich der Stimme, 36 waren dagegen. Die Konsequenz: der Kaufantrag verschwindet im Reißwolf, das Haus wird nunmehr abgerissen. Die anderen vier Gebäude (s.o.) wurden in der gleichen Sitzung mit sehr strikten Bedingungen an soziale Initiativen vergeben; dazu gehören Sozialwohnungen, Jugendzentrum resp. Kin-dergarten.

Die Initiative „rasthaus" konnte sich dieses Ergebnis lange vorher ausrechnen. Trotzdem war die öffentliche Thematisierung in dieser Richtung ein notwendiger Schritt, um die Sensibilität für das Problem auf der regionalen Ebene deutlicher zu machen. Geplant sind nun ein öffentliches Hearing, welches Teile der Grünen mit einem Teil der Wohlfahrtsverbände veranstalten wollen. Die Stadt Freiburg soll einen Bericht zur Lage der „Illegalen" abgeben (den sie aus eigener Unkenntnis vermutlich nicht beisteuern kann), im Rahmen ihres Berichts zur Lage der Flüchtlinge (für den Oktober geplant). „rasthaus" wird sich auf dem Immo-bilienmarkt umschauen, damit die Stadt ihr eigenes oder von der Landesbehörde definiertes „rechtliche Problem" nicht als Sperre aufrecht erhalten kann.

Stattzeitung für Südbaden im Internet, www.stattweb.de ■

Kehrt Haider in die Bundespolitik zurück?

ÖSTERREICH. Der Kärntener Landeshauptmann Jörg Haider kehrt möglicherweise doch in die österreichische Bundespolitik zurück. Nur wenige Stunden nach dem überraschenden Rückzug des kurzzeitigen Vorsitzenden der FPÖ, Mathias Reich-hold, kündigte die FPÖ die Kandidatur Haiders bei den vorgezogenen Parla-mentswahlen am 24. November an. Wichtige Teile der FPÖ haben inzwischen Haider gebeten, auch wieder als Parteichef die Zügel in die Hand zu nehmen. Nach nur sechs Wochen Amtszeit hatte Reichhold aus gesundheitlichen Gründen seinen Verzicht sowohl auf den FPÖ-Vorsitz als auch auf die Spitzenkandidatur bei den Wahlen in drei Wochen bekannt gegeben. Nachfolger Reichholds wurde auf beiden Positionen zunächst Herbert Haupt, einer der engsten politischen Freunde Haiders. K*StA 2.11.02* ■

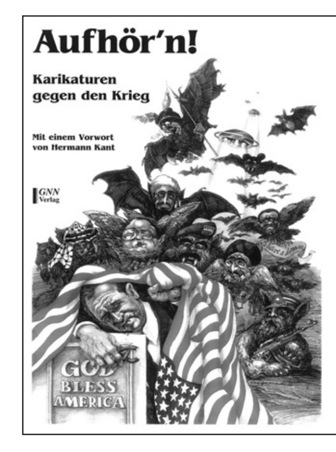
Rechtspopulist kündigt Gründung eigener Liste an

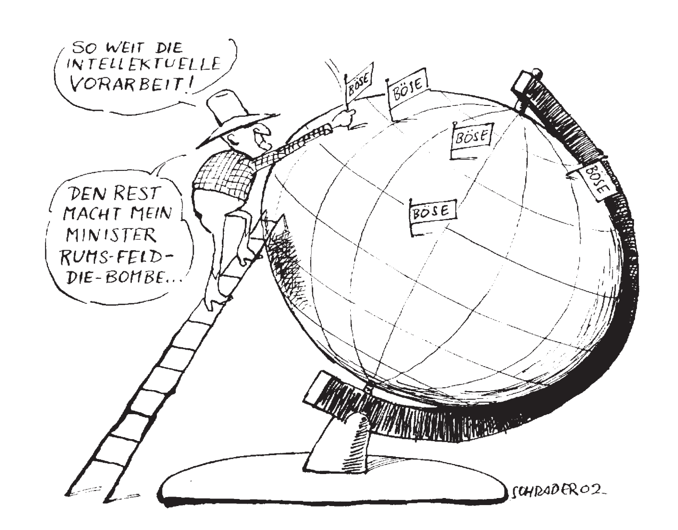
DEN HAAG. In den Niederlanden hat der Wahlkampf für die Parlamentswahlen am 22. Januar 2003 begonnen. Der bisherige Wirtschaftsminister Herman Heinsbroek (Liste Pim Fortuijn, LPF) kündigte an, mit einer eigenen Liste in den Wahlkampf zu ziehen. Die LPF warf ihm daraufhin Verrat vor. Er habe mit Absicht den Bruch der Regierungskoalition mit den Christdemokraten und den Liberalen betrieben, um sich dann selbst in den Vordergrund schieben zu können, sagte der Fraktionschef der LPF, Mat Herben. Heinsbroek hatte bei Ankündigung seiner Liste Neue Politik (LPN) erklärt, er wolle die bisher nicht verwirklichten Standpunkte der rechtspopulistischen LPF vertreten. Über Wo-chen hatte er sich mit seinem Parteikollegen, dem Minister für Volksgesundheit, Eduard Bomhoff, Kämpfe um die Führung in der LPF geliefert. Beide Minister wurden daraufhin von ihrer Partei zum Ausscheiden aus dem Kabinett gedrängt. *FR 22.10.02* ■

Schlesiertreffen 2003 wohl doch nicht in Hannover

NIEDERSACHSEN. Die für 2003 seitens des SPD-regierten Niedersachsen vorgesehene Wiedereinführung des zweijährlich stattfindenden „Deutschlandtreffens der Schlesier", eine revanchistische Massenveranstaltung mit über 10000 Teilnehmern, findet voraussichtlich nicht in Hannover statt. Wie berichtet (AN Nr. 14/ 2002), hatte die Landesvereinigung Niedersachsen der VVN/BdA mit einem Offenen Brief an die Landesregierung und die im Landtag vertretenen Parteien gegen die Wiedereinführung der Subvention der „Schlesiertreffen" auf dem Messegelände in Hannover protestiert. Die Subventionierung war 1990 bei Antritt der rotgrünen Koalition in Niedersachsen gestrichen worden. Wie der Landessprecher der VVN/BdA sagte, habe der niedersächsische Innenminister Bartling kürzlich auf den Offenen Brief der VVN/BdA geantwortet und mitgeteilt, dass das Deutschlandtreffen der Schlesier 2003 nicht in Hannover stattfinden werde. Dann wird es wohl wieder auf Nürnberg zukommen?! Was mit 2005 ist, ist unbekannt. Jedenfalls tingelt der niedersächsische CDU-Landesvorsitzende Christian Wulff von Vertriebenentreffen zu Vertriebenentreffen und wird nicht müde, der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass das Schlesiertreffen 2005 wieder in Hannover stattfinden werde. So geschehen beim „Tag der Heimat" des BdV-Kreisverbandes Hildesheim vor angeblich 1600 Teilnehmern in Buchhagen.

HiAZ, 2.10.2002.- raj ■



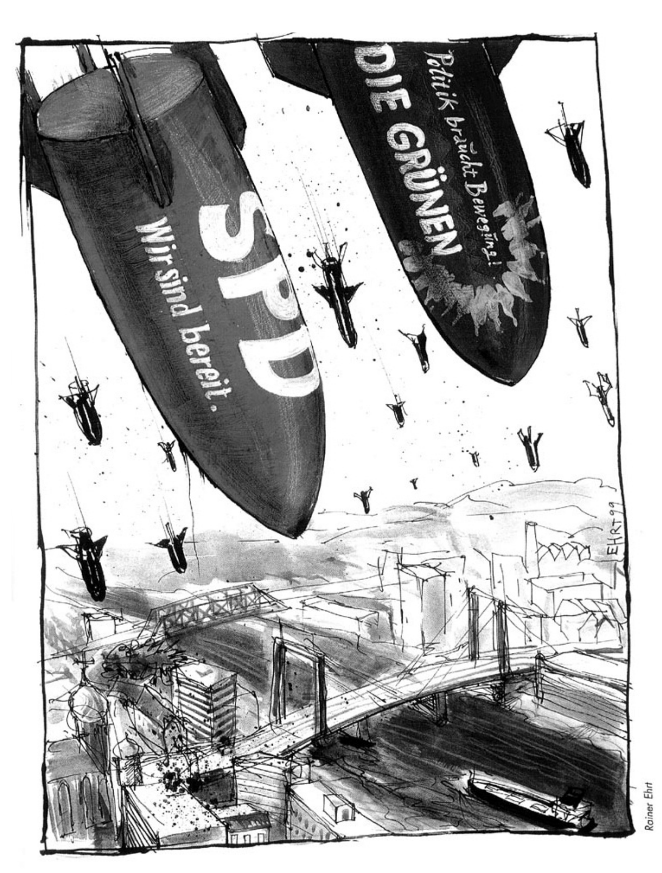


Aufhör'n! Karikaturen gegen den Krieg

„Die Karikatur, eine eminent politische Kunst, vermag – sei es mit beißender Schärfe oder milderer ironie, mit Sarkasmus oder überlegenem Spott, mit den Mitteln des Absurden und der gleichnishaften Erhellung der Gründe –- etwas zur Erkenntnis beizutragen, uns zu beunruhigen und aufzustacheln gegen den Krieg und seine Protagonisten.

Jeder Krieg hat Name und Adresse. Viele von ihnen finden sich in diesem Buch:





Regierungen und Profiteure, denen man sich widersetzen muss.“

Horst Kolodziej, Wolfgang Richter, die Herausgeber in ihrem Vorwort ■

H. Kolodziej/W. Richter (Hrsg.): Aufhör'n! Karikaturen gegen den Krieg. GNN-Verlag, Schkeuditz 2002, Sachsen/Berlin mbH, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, 200 S. A4, 19,50 Euro, ISBN 3-89819-122-2, Tel. 034204-65711, Fax 034204-65893, Internet: www.gnn-verlag.de, email: GNN-Schkeuditz@t-online.de

Eine mutige Frau

Ein Dokumentarfilm schildert das Leben der Augsburger Widerstandskämpferin Anna Pröll

„Anna, ich habe Angst um Dich“ – diese Befürchtung ihrer Klassenlehrerin war nur zu berechtigt, wie die Lebensgeschichte der Augsburger Widerstandskämpferin Anna Pröll zeigt. Anna Prölls Sohn Josef hat jetzt zusammen mit dem Historiker Wolfgang Kucera einen 90-minütigen Dokumentarfilm über das Leben seiner Mutter gedreht, der vergangene Woche im Münchner Gewerkschaftshaus zur Uraufführung kam. Ermöglicht wurde das Filmprojekt durch eine Vielzahl von Spenden unter anderem von der IG Metall und KZ-Gedenkstätten in Dachau, Moringen, Buchenwald und Natzweiler.

Aufgewachsen war Anna Nolan in den Augsburger Textilvierteln. Ihr Vater Karl Nolan, ein Webermeister, war 1931 der KPD beigetreten. Anna schloss sich ein Jahr später dem Kommunistischen Jugendverband an. Die Jungkommunisten lasen Hitlers „Mein Kampf“ und hatten daher keinerlei Illusionen über die Brutalität der NS-Diktatur. Zu dritt organisierten sie nach der faschistischen Machtübernahme Widerstandsaktionen. Parolen wurden mit Kreide an Wände gemalt und Flugblätter verfasst. Annas Vater war bereits wegen antimilitaristischer Propaganda im Gefängnis. Später wurde er ins KZ Dachau überführt, wo ihn die SS 1937 ermordete. Ihre Mutter Rosa Nolan wurde mehrfach im Augsburger Gestapo-Gefängnis Katzenstadel inhaftiert. Sie starb im Krieg bei einem Luftangriff. Am 1. September 1933 wurde Annas Widerstandsgruppe bei einer Razzia gefasst. „Ein Mädchen – die Seele des Ganzen“ titelte die Nazipresse. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurde die erst 17-jährige Anna fast zwei Jahre in Einzelhaft gehalten, bevor sie für weitere 1 ½ Jahre ins Frauen-KZ Moringen kam. Nach ihrer Entlassung aus Moringen heiratet sie trotz der Drohungen der Gestapo den Rote-Hilfe-Aktivisten Josef Pröll. Zu Kriegsbeginn wurde Josef Pröll nach Buchenwald gebracht. Während seine beiden Brüder das KZ nicht über-

lebten, beteiligte sich Josef Pröll als Mitglied der illegalen Lagerleitung an der Selbstbefreiung des Lagers 1945. Der Schwur von Buchenwald sollte für Josef und Anna Pröll zur Maxime ihres weiteren Lebens werden. Als KZler von den ehemaligen Mitläufern des Faschismus in Augsburg auch in der Nachkriegszeit ausgegrenzt, sind sie in der VVN und der Friedensbewegung aktiv. Auch nach Josef Prölls Tod 1984 hielt Anna regelmäßig in Augsburger Schulklassen Vorträge über den antifaschistischen Widerstand.

Der jetzt vorliegende Dokumentarfilm, von dem auch eine 40-minütige Schulfassung existiert, hilft, das Vermächtnis der heute 85-jährigen Antifaschistin Anna Pröll weiteren Generationen von Jugendlichen zu vermitteln.

Nick Brauns ■

Kontakt: Josef Pröll, Wilhelm-Busch-Weg 7, 86368 Gertshofen; Tel. 0821-491546; Fax 0821-471137; josef.proell@t-online.de; Der Film „Anna, ich habe Angst um Dich" kostet als Videokassette inklusive Versandkosten 44,90 Euro. Infos unter www.anna-film.de

Daten und Fakten zu Kurden und Kurdistan

Sahin, Mehmet; Kaufeldt, Ralf: Daten und Fakten zu Kurden und Kurdistan. Eine Chronologie. 55 Seiten, ISBN: 3-933884-08-X, Preis: 17,00 EUR

Wie viele Kurden leben eigentlich in Kurdistan und wie hoch ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Länder? Wie viele Kurden gibt es in Deutschland und Europa? Wo leben sonst noch Kurden? Was? Sogar in Jordanien und in Israel? Wer waren die namhaften kurdischen Persönlichkeiten des 19. und des 20. Jahrhunderts? Was wurde den Kurden 1920 im Vertrag von Sèvres zugesagt? Was stand hingegen im Lausanner Vertrag von 1923? Wann existierte die Autonome Provinz „Rotes Kurdistan"? Wie verlief der erste Aufstand der Kurden gegen Atatürk? Warum sitzen kurdische Abgeordnete seit 1994 im Gefängnis? Welche Ziele verfolgt der Nationalkongress Kurdistan? Warum erschütterte der Susurluk-Skandal von 1996 die Türkei? Wie kam es 2002 zur Transformation der PKK zum KADEK? Kurdisch = Türkisch = Bergtürkisch? Oder haben auch die Kurden eine eigene Sprache? Was bedeutet ein neuer Krieg der USA gegen Saddam für die Kurden?

Hunderte solcher Fragen könnte man auflisten. Antworten darauf gibt die Chronologie „Daten und Fakten zu Kurden und Kurdistan".

Ein sachlich-systematischer erster Teil, der die Geschichte der Kurden und ihre aktuelle Situation in den 4 Staaten, die Kurdistan unter sich aufgeteilt haben (also in der Türkei, im Iran, im Irak und in Syrien) sowie die weltweite Verbreitung der Kurden thematisiert, wird durch umfängliche statistische Angaben ergänzt und beinhaltet zudem Informationen zur Geographie, Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsstruktur in Kurdistan sowie zur Sprache und Kulturgeschichte der Kurden.

Der zweite, länderübergreifende und rein chronologische Teil enthält neben zusätzlichen Informationen zu zahlreichen der im ersten Teil erwähnten Ereignisse Details über wichtige kurdische Aufstände sowie biographische Angaben zu vielen kurdischen Kulturschaffenden und Akteuren im kurdischen Widerstand.

Bestellungen bei: Pro Humanitate, Postfach 90 31 70, 51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax:126 77. Sonderrabatte für den Buchhandel und bei Bestellungen ab 10 Exemplaren.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.

Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach, Bündnis 90/Die Grünen; Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke, PDS; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

Die Einverleibung Kaliningrads, des ehemaligen ‚Königsberg' bzw. ‚Nordostpreußen' ist seit vielen Jahren ein beliebtes Thema der Landsmannschaften aber auch neofaschistischer Kräfte. Erinnert sei an die Ansiedlung zahlreicher Neonazis nach der Wende und die Forderung der Landsmannschaften nach Rückgabe der Gebiete in den Grenzen von 1937.

Deshalb verwundert es auch nicht, dass die rechtsextreme Zeitung *Junge Freiheit* mal wieder einen prominenten Interview-Partner zu dem Thema auftat. *Nikolaus Ehlert*, ist heute als Pensionär Leiter des Fördervereins Königsberg e.V. Er arbeitete ab 1950 im Justizministerium, wechselte ins Auswärtige Amt und war ab 1956 bei der Deutschen Botschaft in Moskau tätig und ab 1962 Chefredakteur des russischen Programms der Deutschen Welle.

Auf dem Hintergrund, dass Polen und Litauen Mitglied der EU werden, würde Kaliningrad ein „geschlossener Korridor". wie die Junge Freiheit meint und treibt Herrn Ehlert im Interview vor sich her und fragt: „Wird es zum diplomatischen Konflikt kommen?"

Ehlert: „… Man wird schon eine Lösung finden, allerdings müssen sich die Russen wohl daran gewöhnen, dass sie keine geschlossenen Korridore erhalten werden und dass auch die Zeit der visafreien Einreise in die Nachbarländer vorbei ist. Das ist aber völlig normal … Mein Vorschlag wäre, Nordostpreußen gesondert in die EU aufzunehmen, aber ein Beitritt der Oblast Kaliningrad würde die Entwicklung in ganz Russland fördern, denn von hier aus könnte die Modernisierung auf das ganze Land übergreifen. Das meinte auch Putin mit dem Begriff ‚Pilotregion'."

Die Junge Freiheit: „Dann besteht keine Möglichkeit, die Russen zu einer Rückgabe des Gebietes zu bewegen?"

Ehlert: „Ich weiß zwar nicht, was in hundert Jahren sein wird, aber ich halte das für ausgeschlossen. Hier in Königsberg dient das Gespenst einer Rückgabe an Deutschland lediglich einigen Politikern zur Panikmache."

Dann fragt die JF, nach dem Gerücht, die Sowjetunion wollte noch zu Zeiten Kohls Kaliningrad an Deutschland verkaufen. Ehlert, erst abweisend, lässt sich dann zu der Bemerkung hinreißen: „Vorstellbar schon, etwa im Tausch gegen einen Erlaß der Schulden an Deutschland. Aber all das ist reine Spekulation und scheitert schon daran, dass in Deutschland doch keiner wirklich das Gebiet zurückhaben will. Und Polen und Litauen würden es zudem nicht zulassen."

Junge Freiheit, Nr. 18/2002, 18.10 – jöd ■

Westerwelle im Visier

Junge Freiheit Nr. 42/2002 vom 11. Oktober 2002

Mit einer üblen Ankündigung auf Seite 1 gibt das Blatt die Richtung in der FDP-Kritik vor: „Warum wird Westerwelle nicht herzkrank? Weil er gar kein Herz hat. An der Stelle sitzt bei ihm eine Fernbedienung. Das hat der Wähler im letzten Augenblick gemerkt und ist vom Guido-Mobil abgestiegen. Möllemann ist unschuldig.“ Mit Möllemann beschäftigt sich das Blatt jedoch dann nicht, sondern vor allem mit Westerwelles Unterleib: „Sein Privatleben hält er unter Verschluß. Offiziell weiß man nur, dass er unverheiratet und kinderlos ist ... Man muss annehmen, dass seine überdrehte Quirligkeit gar kein politisches Ethos zur Grundlage hat ...“

Die Nation fehlt bei Schröder?

Junge Freiheit Nr. 45/2002 vom 1. November 2002

Chefredakteur *Dieter Stein* beklagt Schröders Regierungserklärung. Die Nation kam „bedauerlicherweise keine einziges Mal“ vor. „Statt von Deutschland ist von ‚unserem Land‘ die Rede oder von ‚Zivilgesellschaft’. Schröder hat die Mentalität eines politisch heruntergewirtschafteten und geistig erlahmten Deutschland auf den Punkt gebracht.“

Und der Wirtschaftsexperte Bernd-*Thomas Ramb* kritisiert die Koalitionsvereinbarung als sozialistisch: „Da Reichtum aber überwiegend aufgrund effizienter ökonomischer Leistungsfähigkeit erzielt wird, schwindet zwangsläufig dieses Leistungsergebnis. Die Folge: immer weniger wird umverteilt, bis sich die Gleichverteilung auf niedrigstem Niveau einpendelt. Dieses klassisch sozialistische Wirtschaftssystem feiert in der Bundesrepublik einen Neubeginn.“

Kandidatur in Bremen

Nationalzeitung 43-2002

„Der DVU-Bundesvorstand hat einstimmig beschlossen, im kommenden Frühjahr zur Landtagswahl in Bremen und Bremerhaven und anschließend zur Wahl des Stadtparlaments in Bremerhaven anzutreten“, berichtet das Blatt. Hervorzuheben seien vor allem die Leistungen des Bundesvorstandsmitgliedes *Sigi Tittmann*, der als Landtagsabgeordneter wie als Fraktionschef im Stadtparlament eine „hervorragende Rolle“ spiele. Fehlen darf natürlich nicht die obligatorische Bitte Dr. Freys, schon jetzt für diesen Kraftaufwand reichlich zu spenden.

In Moskau haben sich Vertreter verschiedener „patriotischer Parteien“ zu einem Gedankenaustausch getroffen, berichtet das Blatt. Anwesend waren laut NaZe unter anderen der stellvertretende Parlamentspräsident und Chef der Liberal-Demokratischen Partei Russlands, Wladimir Schirinowskij, Senator Francesco Speroni als Stellvertreter des Vorsitzenden der italienischen Lega Nord, Umberto Bossi, der japanische Schriftsteller Mitsuhiro Kimura von der Vereinigung „Issui-Kai“, als Vertreter Le Pens der geschäftsführende Vorsitzende Dominique Chaboche vom Front National, Mufti Shangareev Ismagil und natürlich Dr. Gerhard Frey für die DVU. Diskutiert wurde „die Lage im Allgemeinen und insbesondere im Nahen Osten. In einer Entschließung sprachen sich die Anwesenden gegen Gewalt im Nahen Osten und speziell gegen den Irak aus.“ *uld, u.b.* ■

Delegationen beobachten Wahlen in der Türkei, erster Bericht vom 3.11.

Heute finden in der Türkei die vorgezogenen Wahlen statt. Es befinden sich Wahlbeobachterdelegationen aus verschiedenen europäischen Ländern in der Türkei. Die Wahlen begannen um 6.00 Uhr morgens in den kurdischen Gebieten, im Westen des Landes um 7.00 Uhr morgens.

Dass die Wahlen nicht geheim und frei ablaufen, belegen die folgenden Beobachtungen und Vorfälle:

Delegationsgruppen aus Frankreich, die zur Wahlbeobachtung nach Igdir geflogen sind, wurden in den Dörfern Aciaga, Göbekli, Yenidogan, Hasanhan und Karahan, der Kreisstadt Aralik bei Igdir aus den Wahllokalen geworfen. Im weiteren wurden Mehmet Nuri Günes, Kandidat der DEHAP, und Mitglieder der französischen Delegation von einer etwa 40köpfigen Gruppe von Dorfschützern angegriffen und verletzt. Die Delegationsteilnehmer berichteten weiter, dass in den Stadtteilen, in denen die DEHAP über ein großes Wählerpotential verfügt, den Wahlhelfern der DEHAP ihre Aufgabe von der Polizei entzogen wurde. Diese nahm stattdessen ihre Stelle ein.

Die deutsche Delegation aus Berlin berichtete telefonisch aus Diyarbakir, dass sie Belege dafür gesehen habe, dass Beamte aus ihrem Amt suspendiert wurden, weil sie an der Eröffnung des DEHAP-Wahlbüros teilgenommen hatten. Auch wurde bestätigt, dass die Menschen über Drohungen von Polizei, Soldaten und Dorfschützern klagen. Den Wählern, vor allem den Dorfbewohnern, werden Sanktionen angedroht, wenn Stimmen für die DEHAP in den Urnen ausgezählt werden. In vielen Fällen sollen sie zur offenen Stimmabgabe aufgefordert worden sein.

Das Kurdistan Informations-Zentrum steht für Nachfragen und Hintergrundinformationen jederzeit gerne zur Verfügung. Tel. 030-32764023, email: KurdistanIZ@aol.com

Spendet für die Antifaschistischen Nachrichten!

Insgesamt sind bisher 1378,– Euro eingetroffen (Stand 30. Oktober 2002)

Vielen Dank!

Spendenkonto: GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto 10419507